

KoFw 120

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Oktober/November 2006
24. Jg.
ISSN 0949-0000

In Nomine Patris - Die Interessen der Vaterrechtsbewegung

Und mehr:

- medica mondiale fordert Personenschutz für afghanische Frauen in öffentlichen Positionen
- Kandahar: Politischer Mord an afghanischer Frauenbeauftragten
 - Pakistan: Vergewaltigte braucht vier Augenzeugen
 - Seyran Ates gibt nicht auf
 - Finanzfachfrauen: Vorsicht Eva-Falle!
 - Rabenmütter gibt es nur in Deutschland
- Eva Hermann oder wie frau einen Bestseller landet (*Luise F. Pusch*)
 - Das „Adam- & Eva-Prinzip“ (*Monika Gerstendörfer*)
- Brauchen wir einen europäischen Frauensicherheitsrat?
 - Erstes multikulturelles Frauenmagazin
 - Glosse von Luise Pusch: Figaros Hochzeit
 - NPD-Frauenorganisation in Sachsen-Anhalt
- Feministische Mädchenarbeit: Mythos der Selbstschöpfung
 - Fundamentalismus und Geschlecht

Inhalt:

Schwerpunkt:

**In Nomine Patris – Die Interessen der Vaterrechtsbewegung
(Anita Heiliger)** **3**

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **11**

medica mondiale fordert Personenschutz für afghanische Frauen in öffentlichen Positionen, Politischer Mord an afghanischer Frauenbeauftragten in Kandahar, Pakistan: Vergewaltigte braucht vier Augenzeugen, Seyran Ates gibt nicht auf

Themen **17**

Vorsicht Eva-Falle!, Rabenmütter gibt es nur in Deutschland, Eva Hermann oder wie frau einen Bestseller landet (*Luise F. Pusch*), Brauchen wir einen europäischen Frauensicherheitsrat? Erstes multikulturelles Frauenmagazin 110. Geburtstag von Elisabeth Selbert, Das „Adam- & Eva-Prinzip“ in Politik und Medien (*Monika Gerstendörfer*)

Glosse **23**

von Luise Pusch: Figaros Hochzeit und der Tristan-Akkord

Nachrichten **24**

Frauen laut Studie über Unternehmensnachfolge an der Spitze von Familienunternehmen unterrepräsentiert, Kampagne des Europarats gegen Gewalt an Frauen, Gründung: NPD-Frauenorganisation in Sachsen-Anhalt, Villa Anders in Köln. Miteinander leben in lesbisch-schwuler Gemeinschaft

Literatur **26**

Feministische Mädchenarbeit: Mythos der Selbstschöpfung (Claudia Wallner)
Leiden hängt von der Entscheidung ab (Michaela Huber&Pauline C. Frei)
amnesty international: Heilberufe und Menschenrechtsverletzungen

Termine **27**

10. Deutsche Physikerinnentagung, Kongress "Wie wollen wir wirtschaften?"
Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, „Nachrichten aus Demokratien – feministische Auseinandersetzungen und Positionen“, Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismus und Geschlecht, Stalking - Auswirkungen auf die Betroffenen und die Beratung von Stalkingopfern, Frauenfilmfestival zum Thema Musik

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

IN NOMINE PATRIS- DIE INTERESSEN DER VATERRECHTS- BEWEGUNG

Anita Heiliger

Rekonstitution väterlicher Macht statt „neuer Väter“

„Seit sich...immer mehr Männer mit der traditionellen Arbeitsteilung nicht länger zufrieden geben, hat sich das Selbstverständnis dramatisch gewandelt: Die neuen Väter verlangen vehement, auch nach einer Trennung soviel wie möglich mit ihren Kindern zusammen zu sein“... „sie bestürmen Justizminister, demonstrieren und prozessieren“ (Matussek im Spiegel 9/2002 Seite 125). Mit dem Begriff „neuer Vater“ wird hier suggeriert, es handele sich um eine fortschrittliche Bewegung und um fortschrittliche Interessen: Orientierung an Gleichberechtigung, an neuem Männlichkeitsverständnis, an Hinwendung zu Kindern und um eine profeministische Einstellung. Doch allein die wenigen Formulierungen im obigen Zitat zeigen das Gegenteil: Sie „verlangen vehement“, „bestimmen, demonstrieren, prozessieren“....daran ist nun gar nichts neu.

Die Propagandisten der Väterbewegung“, schreibt Magnus Klaue (2004), ein Student des Otto-Suhr-Institutes in Berlin in seinem Artikel „Papa unser“ in Konkret im vergangenen Jahr, „geben sich als Verteidiger des Kindeswohls, in Wahrheit betreiben sie die Rekonstitution väterlicher Macht“. Und das tun sie mit drastischen Schlagwörtern, die sie einer Gesellschaft entgegenschleudern, die den Interessen und Problemen von Frauen mit und ohne Kindern im Zuge der Verbreitung der Frauenbewegung immerhin eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt hat: „Krei-

schendes Feminat“, schreibt Matthias Matussek (1997), einen „modernen Amazonenkrieg“ sieht Karin Jäckel (1997), Mathieu Carriere bezeichnet Väter als „Terroropfer“ und glaubt, „20 Millionen Terroropfer“ ausmachen zu können, setzt gar die Kritik am Verhalten von Vätern mit der Judenverfolgung gleich¹. Nichts aber auch gar nichts wird hier ausgelassen, um Desinformation und Betroffenheit zu erreichen, Druck und Angst zu erzeugen.

Subjektive Beobachtungen zur Entstehung der Vaterrechtsbewegung

Wie konnte es nur passieren, dass Politiker und Politikerinnen bei der Verfassung des neuen Kindschaftsrechts den Antifeminismus und die antiemanzipatorische Linie der Vaterrechtler nicht erkannt haben? Der Boden für die Argumentation der Vaterrechtler wurde sorgfältig vorbereitet: In den 80er Jahren, als die Anstrengungen um Beteiligung von Vätern im Emanzipations- und Gleichstellungskonzept Formen anzunehmen begannen, war die Prägung durch die zwei Bände „Väter“ von Wassilios Fthenakis (1985), Münchner Institut für Frühpädagogik, bereits früh auszumachen. Hier präsentierte der Autor selektiv us-amerikanische Literatur über die Bedeutung des Vaters und ruderte damit den feministischen Erfolgen um die Selbstbestimmung von Frauen - auch im Leben mit Kindern - heftig entgegen. In den USA tobte der Kampf um das Sorgerecht ja wesentlich früher als in der BRD wie Phyllis Chessler (1985) in „Mothers on Trial“ dokumentierte. Entsprechend gab es dort auch bereits For-

¹ Aussagen in einer Talkshow 2006

schung, die die Bedeutung des Vaters für ein Kind extrem betonte, ohne jedoch von einer Veränderung väterlichen Verhaltens auszugehen, sondern Vater an sich - unabhängig von seinem konkreten Verhalten - wurde hier thematisiert. Dies spiegelt sich u.a. auch bei Fthenakis selber wider: als er von Benard/Schlaffer für das Buch, „sag mir wo die Väter sind“, interviewt wurde, wie er bei seiner beruflichen Eingespanntheit sein Vatersein leben würde, antwortete er, von den Flughäfen aus würde er z.B. mit seinen Kindern telefonieren und ihnen auf diese Weise seinen Arbeitsplatz nahe bringen und ihnen sein Interesse zeigen.

In konservativen Kreisen dankbar aufgenommen, fanden sich die Bände allerdings in der Folgezeit nach meinen Beobachtungen in der wissenschaftlichen Literatur und in den Debatten wenig wieder. Es war hauptsächlich Fthenakis selbst, der immer wieder in den Medien auftauchte und die hohe Bedeutung des Vaters hervorhob, sogar die Meinung vertrat, seine Bedeutung übersteige die der Mutter. Es war Fthenakis im Laufe der Zeit gelungen, mit seinen Argumentationen von Anfang an (Anfang der 80er Jahre) die gemeinsame elterliche Sorge zu begründen und zu fordern. Er war zudem als Leiter des Institutes für Frühpädagogik in München verankert in den Netzwerken von (konservativer) Politik, Familienrecht und Fortbildungseinrichtungen. Sukzessive griff seine Argumentation, bildete sich zunehmend eine kritische Position gegenüber Müttern, insbesondere alleinerziehenden, heraus. Er bereitete den argumentativen Boden für Männer, die von ihren Frauen verlassen worden waren und mit ihrer Situation nicht zurecht kamen, auf ihre Bedeutung für das Kind zu pochen. Fthenakis hat m.E. einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, die konservative Familienideologie in Deutschland aufrecht zu erhalten - allen feministischen Erfolgen zum Trotz -, um die patriarchale Position zu festigen. Seine Position am Institut für Frühpädagogik verschaffte ihm - trotz aller immer wieder aufsteigenden Anfeindungen - Förderung und Anerkennung auch auf Bundesebene. Sein Einsatz für Väter kam hier zu Zeiten der CDU-Regierung offenbar vielen sehr gelegen, um unter dem Mantel der Fortschrittlichkeit das Patriarchat zu stärken -

und das zu Zeiten, in denen die Frauenbewegung viele Erfolge einfuhr und die Institutionalisierung von Frauenpolitik sich fest zu etablieren begann. Ein direkter Zusammenhang zwischen Fthenakis und der Entstehung der Vaterrechtsbewegung ist schwer nachzuweisen. Doch fand die Bewegung - anfangs noch zaghaft bestehend aus Grüppchen frustrierter verlassener Männer - auf dem bereiteten Boden ihre Resonanz. Sie erstarkte nach der Wende mit systematischer Organisation zur Unterstützung von Männern in ihrem Kampf gegen Frauen und entwickelte sich zu einer Gegenbewegung:

- gegen das Bemühen um Verständigung zwischen den Geschlechtern,
- gegen die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und
- gegen gleiche Aufteilung von Versorgungsarbeiten.

Die sich entwickelnde Vaterrechtsbewegung konnte Widerstände nutzen, die sich den Erfolgen und Forderungen des Feminismus entgegen zu stellen begannen: Der Hausmann der 80er Jahre, der sich um Verständigung und Rollenänderung bemüht hatte, wurde lächerlich gemacht. „Abstieg zum Dummerchen“, lautete die entsprechende Überschrift eines Spiegel-Artikels und nachfolgend ein Titel desselben Magazins: „Genervt vom Feminismus – Die Männer schlagen zurück“ (vgl. Faludi 1993).

Männerbewegung und Vaterrechtsbewegung: Getrennt oder gemeinsam?

Die politische Wende in Deutschland mit dem Mauerfall war nach meiner Beobachtung so etwas wie ein Startschuss, ein qualitativer Sprung für die Vaterrechtsbewegung. Sie konnte sogar noch andocken an der kritischen Auseinandersetzung mit Männlichkeit, die in den 80er Jahren begann, in den 90er Jahren jedoch - mit der gewachsenen Bereitschaft von Politik und Gesellschaft, Männer in ihrem Reflexionsprozess zu fördern - eine Kehrtwendung nahm: Männerzentren und Männerprojekte wurden etabliert, die unter dem Deckmantel kritischer Auseinandersetzung die Männer als Opfer der weiblichen Emanzipation/der gesellschaftlichen Entwicklung

zur Gleichberechtigung, entdeckten und eine neue Phase von Frauenfeindlichkeit einläuteten und praktizierten. Diese Projekte wurden Anlaufstellen vor allem für Männer, die den Machtverlust im Geschlechterverhältnis nicht akzeptieren und nicht verarbeiten konnten. In Gruppen konnten sie sich ihres Opferstatus versichern und Frauen als Täterinnen stilisieren, gegen die nun Kampf angesagt sei. Die Verquickung der sogenannten Männerbewegung mit der Vaterrechtsbewegung im Kampf um Sorge- und Umgangsrecht sowie mit der Täterlobby zum Schutz sexueller Missbraucher wurde sukzessive sichtbar. Kein Männerprojekt in der BRD hat sich m. W. bisher hierzu kritisch geäußert, die eigenen Positionen abgegrenzt geschweige denn, sich von entsprechenden Verhaltensweisen distanziert. Die Gruppe Mannsbilder in München z.B., mit der wir während der Münchner Kampagne aktiv gegen Männergewalt eine sehr produktive Zusammenarbeit hatten (vgl. Heiliger 2000) und die an der Kritik patriarchaler Männlichkeit ansetzten, ging voller positiver Erwartungen auf die Männerbewegung, wie sie sich in München im Männerzentrum zeigte, zu und wollte teilnehmen an einer vermeintlich fortschrittlichen Bewegung. Sie erkannte jedoch rasch die Verquickung mit der Vaterrechtsbewegung und dem Täterschutz und distanzieren sich umgehend und arbeiten daraufhin weiter als kleine Gruppe, um ihre eigene kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit zu führen, die sich offensichtlich nicht bereits auf eine Bewegung berufen und von ihr neue Impulse erhalten konnte.

Vater um jeden Preis

Bislang sind nur vereinzelt kritische Äußerungen zur Vaterrechtsbewegung zu finden. Zwei vaterrechtskritische Artikel von Magnus Klaue (2004, Men's Health und Papa unser, beide in Konkret) scheinen völlig solitär zu sein. Zufallstreffer eines politisch denkenden Individuums? Der Autor nimmt den Väteraufbruch aufs Korn: „Die vom Väteraufbruch ausgewählten Kenngrößen zeigen, was in den Augen des Vereins das einzig verachtenswerte ist: Die - freiwillige, oder unbeabsichtigte - Abwendung von der Erziehungsnorm der bürgerlichen Kleinfamilie und ihren mora-

lischen Werten“. Der Vaterrechtsbewegung gilt „Vaterlosigkeit“ als die Wurzel allen Übels, führe zu Selbstmord, Kriminalität und Drogensucht. Gebetsmühlenartig behaupten die Anhänger und ihre pseudowissenschaftlichen Vertreter wie z.B. der Psychologe Horst Petri (1999), der Soziologe Günter Amendt (2004) und andere, ein Kind erleide/schwere Schäden, wenn es keinen Kontakt zum Vater habe. Die Qualität des Vaterkontaktes wird dabei völlig ignoriert. Die entsprechenden Argumente finden sich in psychologischen Gutachten in Familienrechtsverfahren vor allem mit Bezug auf die Pseudotheorie des sog. PAS („Parental Alienation Syndrome“, vgl. Heiliger 2003) wieder.

Wie überall gibt es auch hier einige Frauen, die den Vaterrechtlern tatkräftig zur Seite stehen. Was Katharina Rutschky für den Täterschutz bei sexuellem Missbrauch, ist Karin Jäckel für die Rekonstitution des Vaterrechts, sie lässt sich als Gallionsfigur gebrauchen², spricht von Ausbeutung und Herabwürdigung von Männern durch die Frauen.

Leugnung von Männergewalt

Gewalt wird von der Vaterrechtsbewegung schlicht übergangen / geleugnet. Bei der Thematisierung von Männergewalt gegen Frauen wird gekontert mit der Behauptung, Frauen seien ebenso gewalttätig oder sogar noch gewalttätiger als Männer, nur die Scham, dies zuzugeben, sei bei betroffenen Männern noch weit mehr ausgeprägt als bei Frauen. Aktuellster Protagonist dieser Richtung ist Prof. Michael Bock von der Univ. Mainz, der sich in einer Stellungnahme gegen das Gewaltschutzgesetz ausgesprochen hat (2001). Auch Männergewalt gegen Kinder existiert in den Pamphleten der Vaterrechtsbewegung ebensowenig wie in den Veröffentlichungen ihrer Protagonisten Vernünftige, plausible oder sogar notwendige Gründe für Frauen, Männer zu verlassen und Kinder vor ihnen zu schützen, existierend ihren Augen nicht. Allenfalls wird eingestanden, dass es einzelne Fälle von Gewalt geben möge, aber wirklich nur

² Seit einiger Zeit scheint sie sich allerdings von der Vaterrechtsbewegung abgewendet zu haben.

ganz selten (vgl. www.frauenhausluege.de).

Frauenhass, Größenwahn und Demokratiefeindlichkeit auf den Väterseiten

Die Lektüre der Ergüsse der Vaterrechtsbewegung im Internet ist furchtbar öde. Primitive Polemik und unhaltbare Behauptungen tummeln sich vor allem in den Gästebüchern und Foren der sich rasch multiplizierenden Internetseiten: z.B. www.pappa.com, www.vaeternotruf.de, Vaeteraktuell.de, Vaetersorgen.de, Zahlvaeter.de, skifas.de, soc.familie.vaeter.de usw. Die Seite Radikale Vaeter.de, - die inzwischen vom Betreiber geschlossen wurde, - aber wie es heißt, im Internet durchaus weiter existiere -, zeigt Hass auf Frauen am unverdecktesten, wie das folgende Zitat aus der Site zeigt: „Im Sommer 1996 haben sich einige Väter zusammengefunden, denen vor allem eines gemeinsam ist - das unendliche Leid durch den brutalen Kindesentzug der Mütter, die in diesem Unrechtsstaat durch die Terrorjustiz Narrenfreiheit haben... Eine Gemeinschaft gleich gesinnter und gleich geschädigter Väter, die in exemplarischer, konzentrierter Vorgehensweise Müttern die Stirn bieten.... Mütter werden schon bei Nennung des Namens unserer Vereinigung wissen, was es heißt, ein Vätertribunal gegen sich zu haben“ - so phantasieren diese Männer ihre angebliche Macht und Gewalt ist ihnen hier ein legitimes Mittel, wenn sie ihren Kumpanen versprechen: „sie werden lernen, ihr Kind für die Zeit des Kampfes zu vergessen und sie werden diese Mütter, die ihnen das Fleisch und Blut weggenommen und seelisch sowie psychisch tagtäglich zerstört, ebenso zerstören“. Dementsprechend feierten sie auf ihren Seiten z.B. den Tod einer Mutter als Sieg, zu dem dem Vater gratuliert wird. Und es wird ihm eine friedvolle und glückliche Zukunft gewünscht. Gleiches erfolgt zu einer Kindesentführung ins Ausland und Beratung zu Nachahmungstaten wird angeboten. „Menschenrechtsverbrechen“ nennen diese Männer die Umgangsverbote und faseln von Endlösung gleich Vernichtung der Väter, gar von „Genozid der Väter“. Auf der Seite www.frauenhausluege.de wird die BRD „Vätervernichtungsrepublik“

genannt. In Deutschland herrsche „Väterpartheit“. „Mütter dürfen alles, sogar[^] ohne rechtliche Konsequenzen Gesetze brechen. Väter dürfen dagegen nichts tun und werden bei der kleinsten Kleinigkeit sofort in voller Härte zur Verantwortung gezogen“. Gewalt gegen Frauen wird hier als häufige Simulation dargestellt, um „sich auf diese Weise bequem von Ihrem lästig gewordenen Eheballast zu trennen“. Warum eine Frau einen solchen Weg ohne Not gehen soll, bleibt das Geheimnis dieses Verfassers, der die Auffassung vertritt „Frauenhäuser sind nicht mehr zeitgemäß, gehören abgeschafft“, die Frauen sollen in der Ehe bleiben und keine Möglichkeit und Unterstützung zur Flucht haben. Sodann folgen Ratschläge, wie man eine potentielle „Frauenhaus-Gefährdung“, d.h. Fluchtgefahr ins Frauenhaus erkenne:

„Darauf müssen Sie achten: Welchen Umgang hat ihre Frau? Kennen Sie die Freundinnen und Bekannten ihrer Frau, bzw. gibt es darunter welche, die sich zum Radikaifeminismus bekennen?“

- Frauen teilen gerne ihre Probleme anderen Freundinnen mit. Haben Sie das Gefühl, dass von Seiten der Freunde versucht wird, bei Ihrer Frau Stimmung gegen Sie zu erzeugen, wenn Sie z.B. einen Streit oder Ehekrach miteinander hatten?
- Ist ihre Frau längere Zeit von zu Hause abwesend? Übernachtet sie in letzter Zeit z.B. nach einem Streit auffallend oft bei einer Freundin oder Bekannten / Verwandten?
- Hat ihre Frau direkten Kontakt oder Schriftverkehr mit Frauenverbänden /-Organisationen?
- Versucht ihre Frau ihnen die Kinder zu entfremden?
- Neigt ihre Frau dazu, bei Streitigkeiten Dritte z.B. Freunde, Nachbarn, Verwandte, Arbeitskollegen etc. hinzuzuziehen?
- Setzt ihre Frau Sie öfters mit Scheidung und Trennung verbunden mit Kindeswegnahme etc. unter Druck?
- Ist Ihre Frau Ausländerin und hat Integrationschwierigkeiten? Liegt eine psychische Erkrankung vor

bzw. ist ihre Frau psychisch labil?
Ist die Kommunikation zwischen Ihnen und Ihrer Frau gestört?

- Führt ihre Frau irgendwelche Aktionen hinter ihrem Rücken gegen Sie oder
trauen Sie ihr dies zu?

... Generell gilt, dass wenn sich das Verhalten Ihrer Frau auffallend verändert, dann sollte bei Zutreffen oben genannter Anzeichen auch an eine potentielle Frauenhausgefährdung gedacht werden".

Das Bild der geldgeilen Mutter und des armen Vaters

Die (vorfindliche z. T. äußerst polemische) Literatur zum Thema im Kontext der Vaterrechtsbewegung weist durchgehend einen gravierenden Konstruktionsfehler auf: Es wird davon ausgegangen, dass die Trennung der Beziehungspartner einen vorher positiven Zusammenhang quasi abrupt und völlig unverständlich beende, dass der Vater ein aufmerksamer Ehemann und liebender Vater der Kinder gewesen sei. Unverständlicherweise kündigt die Frau die Ehe auf und verweigere ihm die Kinder ohne jeden Grund. Vor allem dominiert in den Pamphleten der Väterbewegung das Bild der geldgeilen Mutter, die den armen Exmann ausbeute und abzocke (vgl. Jäckel 1997), der sich dadurch zurecht wehre und mit allen Mitteln versuche, Geldleistungen zu vermeiden. Die hohe Zahl der Unterhaltsverweigerer gilt als verständlich und legitim - auch wenn die Frau ihrerseits den Umgang gar nicht verweigert. Entsprechende Informationen von Müttern an Gerichte bleiben folgenlos, wie berichtet wird. Konflikte in der Beziehung sind überhaupt kein Thema, familiäre Gewalt von Männern gegen Frauen wird hier nur erwähnt als angebliche Strategie, um den Kontakt zum Kind eigensüchtig völlig und grundlos zu unterbinden.

Dass solche Äußerungen/Literatur Politiker/Politikerinnen und Vertreterinnen von Institutionen beeindrucken kann, ist wirklich nur sehr schwer nachvollziehbar. Der Erfolg gründet sich zum einen vermutlich auf einen anhaltend festen Bodensatz patriarchalen Gedankenguts und entsprechender Wünsche. Zum anderen auf den Schein fortschrittlicher Interessen, worauf

vielleicht die Heinrich-Boell-Stiftung abfährt, die z.B. eine der Einrichtungen ist, die den Vaterrechtlern als Forum für Veranstaltungen dienen.

Der Erfolg scheint auch den Methoden geschuldet zu sein, mit denen Vaterrechtler sich bemerkbar machen und ihre (verdrehte) Sicht der Dinge massenhaft verbreiten: mit Briefen, E-Mails, Eingaben, Forderungen, Beschimpfungen, Gewaltandrohungen, massivem Druck und der Nutzung des (im Verhältnis zu den betroffenen Müttern) größeren Zugangs zu Ressourcen, Macht und Medien. Die Rolle von Mathias Mattussek (z.B. 1997) beim Spiegel z.B. wird hier keinen geringen Einfluss haben, denn die frauenfeindliche Linie in Bezug auf das Sorge- und Umgangsrecht zieht sich im Spiegel seit Mitte der 90er Jahre bis heute durch. Der Soziologe Gerhard Amendt (2004) an der Bremer Universität nutzt die Freiheit der Professorenschaft, um seine vaterrechtliche Position zu verbreiten und der Psychoanalytiker Horst Petri (1999), früher einmal bekannt durch seine Beschäftigung mit Gewalt gegen Kinder, hat einen Schwenk gemacht hin zu einem angeblichen Trauma einer kollektiven Vaterentbehrung von Kindern.

Ideologisierung des Vaterkontaktes und Ausblendung der Folgen von Gewalt

Während die traumatischen Folgen von Gewalterfahrungen von Kindern (selbst erlebte und miterlebte) bisher kaum überhaupt wahrgenommen werden, geschweige denn Berücksichtigung finden, gibt es viel Aufmerksamkeit in den Medien für angebliche Folgen zu geringen oder fehlenden Vaterkontaktes. Während in den 90er Jahren noch stark thematisiert wurde, dass die Abwesenheit des im Grunde real vorhandenen Vaters ein wesentliches Problem sei, der kein Interesse an seinen Kindern und keine Zeit für sie habe, abends nur seine Ruhe und Bierflasche haben möchte, am Erziehungsalltag nicht teil hat und auch die Erwartungen der Ehefrau enttäuscht - hiervon ist heute überhaupt nicht mehr die Rede. Diese Auseinandersetzung wurde abgelöst durch die Behauptung massenhaften Kindesentzugs durch Mütter und daraus, folgender schwerer Schädigung der Kinder.

Väter erscheinen in den Äußerungen der Vaterrechtsbewegungen und ihrer Protagonisten als von Haus aus gute Väter und Ehemänner, völlig grundlos verweigern Exfrauen den Kontakt, die Rede von der Vater-Diskriminierung bestimmt heute die Darstellung in Medien und Internet.

Vaterlos aufgewachsene Kinder neigen angeblich zu Verhaltensstörungen, werden kriminell, gewalttätig, leistungsschwach in der Schule, kontaktarm und unfähig, dauerhaft feste Bindungen aufzubauen (vgl. etwa Braunschweiger Zeitung, vom 28.5.99, auf der HP von pappa.com). Die Schäden die Kinder erleiden, die zum Kontakt mit gewalttätigen, kranken und psychopathischen, machtmisbrauchenden Vätern gezwungen werden, sind bisher in den gesamten familienrechtlichen Auseinandersetzungen kein Thema. Die Berichte von Müttern über körperliche und psychische Abwehrsymptome bei Kindern, die den Kontakt mit den Vätern verweigern, sind bekanntlich zum Teil so drastisch, dass es überhaupt nicht nachvollziehbar ist, wie in den meisten Gerichtsverfahren darüber hinweg gegangen wird -verständlich nur vor dem Hintergrund der gelungenen Indoktrinierung mit der These des PAS, sowie den Argumentationsketten der Vaterrechtsbewegung. Die Symptome der Kinder werden daraufhin nicht geglaubt und erst dann (wie geschehen), wenn ein Kind sich vor dem Richter auf den Tisch erbricht oder sich in Anwesenheit des Umgangsbegleiters vor Angst in die Hose macht, wird Betroffenheit erreicht bzw. wird von einsichtigen Reaktionen berichtet und der Schleier, den PAS und Vaterrechtstrend über das fachliche Urteil gelegt haben, kurzzeitig unterbrochen (vgl. Heiliger/Wischnewski 2003).

Die Gefahren der Vaterrechtsbewegung: Maskulinismus gegen Emanzipation

Die Überzeugungskraft, die die vaterrechtlichen Argumente mittlerweile offenbar erreicht haben, ist schon weit fortgeschritten. Die Vaterrechtsbewegung beruft sich auf Gleichberechtigung, fordert die Gleichstellung des Mannes in der Gesellschaft, die nach ihrer Darstellung Müttern mittlerweile mehr Rechte als Vätern einräumt. Sie fordern Gleichberechtigung, wenn es darum geht, die Kinder zu sehen

- allerdings nicht darin, sie auch zu versorgen. Sie fordern hälftige Verfügung über Kinder, und Teilhabe an der finanziellen Vergünstigung. Von Geld ist überhaupt sehr viel die Rede in den vaterrechtlichen Pamphleten. Sie unterstellen, Mütter würden Väter nur ausbeuten wollen, als „Zahlvater“, „Goldesel“ usw., auf dessen Kosten sich ein schönes Leben ohne ihn machen. Ihr eigenes finanzielles Interesse, sich der Versorgung der Kinder zu entziehen, wenn die Frau sie verlassen hat, projizieren sie auf die Frauen. Sie neiden ihnen staatliche Unterstützung und behaupten sich als vom Staat benachteiligt. Sie fordern die gemeinsame elterliche Sorge, um der Frau diese Förderung zu entziehen. Es geht auch um Steuerfreibeträge, die dem Vater nach der Trennung entzogen werden und es geht auch um Zugang zu Sozialwohnungen, wie gesagt, es geht massiv um finanzielle Interessen. Es ist allgemein bekannt, dass viele unterhaltspflichtige Väter in der „Schattenwirtschaft“ verschwinden, um sich als nichtzahlungsfähig darzustellen. Matthias Mattussek benennt im Interview im Arte Film diese Tatsache ganz unumwunden.

Die Probleme, die viele Männer nach Scheidungen haben, die Situation zu bewältigen (Günther Amendt, 2004, führt z.B. in seiner kürzlich abgeschlossenen Studie zu Vätern nach der Scheidung eine sechsfache Selbstmordrate sowie Depressionen an), wird den Scheidungen an sich und den „selbstsüchtigen“ Interessen von Frauen angelastet, die ihr Leben selbst bestimmen wollen. Selbstreflexion und die Veränderung der eigenen Strukturen ist hier nicht anzutreffen, im Gegenteil. Diese Männer stellen Kurzschlüsse her, die immer wieder den Frauen die Schuld an allem zuweisen. Die Verarmung der Frauen wird gezielt erzeugt, um die daraus entstehenden Folgen für die Kinder wiederum auf die Vaterabwesenheit schieben zu können.

Der kanadische Soziologe Martin Dufresne (im arte Film: In Nomine Patris, 2005) macht klar, dass es diesen Vätern in den internationalen Bewegungen keineswegs darum geht, für Kinder zu sorgen, dass es überhaupt nicht um die Kinder geht, son-

dem um den Widerstand gegen die Gleichberechtigung der Frau. Nach der gesellschaftlichen Anerkennung der Gleichberechtigung schließen sich die maskulinistischen Männer zusammen, um die alten patriarchalen Verhältnisse wieder herzustellen. Sie werfen den Regierungen vor, mit der Unterstützung von Müttern nach Trennungen, die Scheidung zu fördern und möchten hier den Rückwärtsgang einschlagen, um die Abhängigkeit der Frauen wieder zu festigen und Trennungen zu erschweren. Mit dem neuen Kindschaftsrecht ist dieser Weg in Deutschland ja bereits eingeschlagen worden, sollen die Frauen über die Kinder an den Mann gebunden bleiben und seinem Einfluss, seiner Macht weiter ausgesetzt sein. Die „Mütterschlampen“ sollen kein gutes Leben ohne sie haben. Männliches Leid wird als Skandal hingestellt, weibliches Leid gilt als normal, nicht der Rede wert - patriarchale Verhältnisse eben. Die Sozialisation und Kultur patriarchaler Männlichkeit wird hier verfestigt, statt in Frage gestellt und verändert, den Bestrebungen nach Entwicklung gewaltfreier und emanzipierter Männlichkeiten wird massiv entgegen gearbeitet.

In ihren Medienauftritten und Eingaben an die Politik wird der antiemanzipatorische Einsatz der Vaterrechtsbewegung als Interesse an Kindern und Übernahme verantwortungsvoller Vaterschaft gründlich fehl interpretiert, bzw. bewusst fehlgeleitet. Hier ist der Hebel, um die Wiedereinsetzung männlicher Vorrechte unter dem Vorwand des Interesses an Kindern zu erreichen.

Die nächste Stufe zur Wiedererlangung von Macht und Herrschaft über Frauen ist die Bestrebung, die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper zu bekämpfen, die Bestimmung über ihre Schwangerschaft zu erlangen. Den ersten Prozess gab es schon, mit dem ein Mann seiner Freundin eine Abtreibung verbieten wollte. Die Männer wollen bestimmen, ob ein Kind zur Welt kommt oder nicht und wie sich die Frau zu verhalten habe, damit das von ihnen gezeugte Kind keinen Schaden erleidet.. Daran arbeiten sie.

Die Ziele der internationalen Vaterrechtsbewegung (auch Maskulinisten genannt) sind reaktionär- patriarchal. Ihre Methoden

sind Verleugnung von Gewalt, massiver Druck auf Politik und Institution, gezielte Fehlinformationen über Zusammenhänge, Terror gegen Frauen und Kinder, Bedrohung von Richtern und Jugendämtern. Sie betreibt wirksame Lobbyarbeit bei Regierungen und Parlamenten, um eine Gesetzgebung zu erreichen, die in ihren Augen die Diskriminierung der Väter abstellt. Sie hat bereits erreicht, dass Gewalt in der Beziehung kaum noch ein Thema in den Sorge- und Umgangsrechtsverfahren ist, sondern eher als Trick begriffen wird, um alleine über die Kinder zu verfügen und höhere Unterhaltszahlungen zu erwirken. Viele unfassbare Fälle, die sich in Sorge- und Umgangsrechtsverfahren abspielen, zeigen, wie weit diese Bewegung schon gekommen ist und wie groß die Gefahr weiterer Rückschritte zu patriarchaler Herrschaft ist.

Handlungsmöglichkeiten

Die Frage ist nun, wie diese Bewegung aufgehalten und entkräftet werden kann. Viel zu lange hat auch die Frauenbewegung sich für diese Entwicklung nicht oder kaum interessiert, hat sich hier nicht eingemischt. Sicher, die Vaterrechtler erscheinen lächerlich in ihren Äußerungen, in ihren Auftritten, ihren so offensichtlichen Fehlinformationen, der Herstellung absurder Zusammenhänge. Wer wollte diese Figuren schon ernst nehmen? Eher Mitleid stellt sich ein...

Aber die verheerenden Wirkungen auf Männer und Frauen in Politik und Institutionen machen klar, wie dringend notwendig eine starke Gegenreaktion ist. Breite Aufklärung über die antiemanzipatorischen frauen- und kinderfeindlichen Ziele der Vaterrechtler ist dringlich, sowie Aufklärung über ihre Manipulation von Fakten, ihre Falschinformationen, die Ausblendung ihres Gewaltpotentials.

Der Väteraufbruch ist mittlerweile weit verzweigt und offenbar gut organisiert. In zahlreichen Regionen verfügt der Verein über Anlaufstellen und Aktionsgruppen, findet er Resonanz bei vielen Männern und auch Frauen und zwar, wie es scheint, in allen gesellschaftlichen Positionen. Diverse Untergruppen bieten verunsicherten Vätern ihre Unterstützung und führen sie auf den Pfad der Frauenfeind-

lichkeit und des Kampfes in Zeiten, in denen die Gesellschaft ja dabei ist, Männer zu verändern, Patriarchat abzubauen und Gewalt gegen Frauen und Kinder zu beseitigen.

Mit den Begriffen Feminazis und Femifaschismus (www.feminazi.com) im Internet und auf Transparenten bei Demos wird in letzter Zeit versucht, in eine neue Phase der Diskreditierung des Feminismus einzufreten.¹ Der Staat ist für diese Männer ein „Unrechtsstaat“, „eine staatliche Kriminalmaschinerie“, die Justiz ist eine Terrorjustiz und die Gesetzgebung erlässt „Terrorgesetze“. Mit Namen wie MannDat-geschlechterpolitische Initiative, Männerrat oder rote Männer und ähnliches geben sich Maskulinisten nach außen hin einen fortschrittlichen Anstrich, sind jedoch allesamt Teil der reaktionären Offensive, die Biologismus predigt, die Kleinfamilie als Schicksal für Frauen und männliche Bestimmungsmacht (wieder) festzurren, patriarchale Strukturen wieder stärken will. „Kindesentzug ist Folter“ und „Deutsche Richter entrechteten Väter“ hieß es auf Transparenten einer Väterdemonstration Mitte 2005 in Berlin. Eine kleine linksfeministische Gegendemo organisierte sich mit Sprüchen, wie:

- Deutsche Väter sind keine Opfer
- Wahlverwandte statt Vati und Mutti
- PA PA PAtricharchat - Frauenfeindliche Männerbünde zerschlagen
- Papa war ein arschloch.

Die GegendemonstrantInnen analysierten, es werde in der Vaterrechtsbewegung „alles mobilisiert: Frauenfeindlichkeit, Antifeminismus, Nationalismus, Xenophobie, Homophobie. Das Ergebnis ist eine völlige Verdrehung struktureller Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in dieser Gesellschaft“ (germany.indymedia.org).

Engagierte Mütter von „Muki e.V.“ verfassten lange Gegendarstellungen an Regierungen und Abgeordnete, „Mütter klagen an“ in Mannheim erreichten auf lokaler Ebene viel, sie konfrontierten das Jugendamt auf einer offiziellen Sitzung mit den Landtagsabgeordneten, informieren ständig die lokale Presse, sind auf Veranstaltungen vertreten und bringen sich ein. Doch sie schaffen den Dauereinsatz nicht, müssen sich um die Kinder kümmern, sind vom Stress zermürbt.

Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit ist auch die Tatsache, dass die Vaterrechtler auf ihren Internetseiten jede und jeden diskriminieren und verleumden, die/der ihnen entgegen argumentiert. Es wird mit Störung gedroht, Schreiben werden an die ArbeitgeberInnen geschickt, Beleidigungen im Internet verbreitet. Auch die Autorinnen der beiden arte-Filme: „Trennungsdramen - wenn der Mann zum Feind wird“ und „In Nomine Patris“ werden im Internet heftig angegriffen. Viele Menschen ziehen sich dann zurück, wollen nicht in einer „Szene“ zerrieben werden, haben auch Angst um ihre Reputation und nehmen dann in Kauf, dass Frauen und Kinder schutzlos bleiben – und genau das ist der Hebel, an dem Vaterrechtler ansetzen, um sich die Kontrolle über die Ex-Frauen/Freundinnen und den Zugang zu den Kindern zu sichern. Die Dramen, die sich hier abspielen, sind oft unbeschreiblich, unfassbar die Auslieferung von Müttern und Kindern an machtbesessene, psychopathische Männer, vor denen Kinder (und Mütter) unbedingt zu schützen sind (vgl. Heiliger/Wischnewski 2003).

Angegebene Literatur

Amendt, Gerhard: Väterlichkeit, Scheidung und Geschlechterkampf, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19/2004

Benard Cheryl/Edit Schläffer: Sagt uns, wo die Väter sind: von Arbeitssucht und Fahnenflucht des zweiten Elternteils. Reinbek 1991

Bock, Michael: Gutachten zum (Gewalt-schutzgesetz), Berlin 2001

Chessler, Phyllis: Mothers on Trial, New York 1985

Faludi, Susan: Die Männer schlagen zurück. Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was die Frauen dagegen tun können, Rowohlt, 1993

Fthenakis, Wassilios: Väter, München 1985

Heiliger, Anita: Männergewalt gegen Frauen beenden, Opladen 2000

Heiliger, Anita: Das sogenannte PAS und die Missachtung des Kindeswillens, in: Anita Heiliger/Traudl Wischnewski (Hg.): Verrat am Kindeswohl, München 2003

Jäckel, Karin: Der gebrauchte Mann, München 1997

Klaue, Magnus: Men's Health. Die Nation wird von Emanzen, Lesben und Rabenmüttern unterwandert. Doch der „Väteraufbruch leistet Widerstand“, in: Konkret 2/04

Klaue, Magnus: Papa unser, in: Konkret 4/2004.

Mattussek, Mathias: Der entsorgte Vater. Über feministische Muttermacht und Kinder als Trümpfe im Geschlechterkampf, in: Spiegel 47/97

Pasquay, Heide: Ein Vater ist viel zerbrechlicher?, in: Badische Zeitung v. 8.12.03

Petri, Horst: Das Drama der Vaterentbehnung, Freiburg 1999

Rutschky, Katharina: Erregte Aufklärung, Hamburg 1992

Aktionen/Resolutionen/Netzwerke

Zur Afghanistan-Entscheidung im Bundestag:

medica mondiale fordert Personenschutz für afghanische Frauen in öffentlichen Positionen. Monika Hauser: „Frauen in Afghanistan sind Zielscheibe der Extremisten“

Im Zusammenhang mit der ISAF-Entscheidung des Bundestages und der Ermordung einer Vertreterin des afghanischen Frauenministeriums in Kandahar klagt die Frauenhilfs- und rechtsorganisation medica mondiale den radikalen Schutz von Afghaninnen in ihrem Land durch die internationale Gemeinschaft ein:

„Frauen sind die Ersten, wenn es um gezielte Gewalt bis hin zum Mord geht. Ob in der Öffentlichkeit, oder Zuhause – offene Gewalt ist zunehmend an der Tagesordnung und die Täter gehen straffrei aus.“ Mit diesen Worten kommentiert die medica mondiale-Geschäftsführerin Monika Hauser die Sicherheitssituation von Frauen in Afghanistan. Wie äußerst gefährlich die Frauen dort lebten, habe sich schon tausendfach gezeigt – ein prominentes Bei-

spiel sei der Mord an der Dichterin Nadja Anjuman durch ihren Ehemann.

Jetzt füge der feige Mord an Safiya Omar, einer hochrangigen Funktionärin des Frauenministeriums in Kandahar, dieser düsteren Bilanz einen weiteren Fall hinzu. Der Mord kam nicht von ungefähr: Seit ein paar Monaten, so Hauser, beobachte medica mondiale vor Ort, „dass die Extremisten nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch auf dem Vormarsch sind.“

Angst und Schrecken würden in der Bevölkerung geschürt und verbreitet. „Frauen, die sich laut und öffentlich für die Interessen von Frauen einsetzen, werden terrorisiert oder exemplarisch exekutiert“. Dennoch, kritisiert sie, stehe die Sicherheit von Frauen immer noch nicht auf der Tagesordnung des neuen Afghanistan-Konzeptes der Bundesregierung: „Weder ist der Schutz von Frauen in öffentlichen Positionen noch der vor häuslicher Gewalt in Sicherheitskonzepten verankert. Dabei ist die Sicherheit von Frauen und Mädchen ein Gradmesser für die generelle Sicherheitslage im Lande und somit unverzichtbar für den friedlichen Neuaufbau der afghanischen Gesellschaft“, so Hauser weiter.

„Fünf Jahre nach dem Fall des Talibanregimes müssen wir erleben, dass in Herat Flugblätter mit dem Aufruf verteilt werden können, gezielt Frauenaktivistinnen anzugreifen“, so Hauser. „Wenn solche Akte und die Täter nicht öffentlich verurteilt werden, werden Frauen noch verstärkter Freiwild und auch eine sinnvolle Arbeit vor Ort wird auf Dauer für uns unmöglich. Unsere Mitarbeiterinnen gehen nicht nur täglich die Gefahr ein, einem Anschlag oder Selbstmord-Attentat zu erliegen, wenn sie auf dem Weg zu Klientinnen ins Gefängnis oder Krankenhaus sind. Weit mehr – neben der allgemeinen gefährlichen Sicherheitslage sind sie doppelt in ihrer Funktion als Kämpferinnen für Frauenrechte extremst gefährdet“, so Hauser weiter. Jeder ungesühnte Mord an einer öffentlich bekannten Frau aber auch an einer ganz normalen Frau, fördere ein frauenfeindliches Klima und lade geradezu dazu ein, Frauen als Zielscheibe zu benutzen und somit fortschrittliche afghanische Menschen einzuschüchtern. Hauser: „Wenn die Internationale Gemeinschaft nun nicht

endlich radikal für Frauen handelt, gelten alle politischen Bemühungen nichts.“

Die internationale Gemeinschaft müsse nun endlich ihre Versprechen, Frauen zu schützen und zu fördern mit einem entsprechendem Maßnahmenkatalog und Geldvergaben einlösen, so Hauser weiter. Damit sei man schließlich 2001 angetreten. Die Abstimmung heute im Bundestag sei ein wichtiger Anlass, erneut zu analysieren, was eigentlich damals versprochen und was letztlich dann für die weibliche Bevölkerung erreicht wurde: „Hier werden die Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt. Wir fordern von der deutschen Regierung ihr klares Bekenntnis, sich mit konkreten Maßnahmen wie beispielsweise Personenschutz für Frauen in öffentlichen Ämtern, die gezielte Ausbildung von Polizistinnen, Anwältinnen und Ärztinnen und eine vermehrte Förderung von psycho-sozialen Projekten einzusetzen und somit die fortschrittlichen Kräfte im Land zu stärken und nicht den Taliban in die Hände zu spielen!“, so Hauser abschließend.

Rückfragen und weitere Informationen: Selmin Caliskan, Tel. 0221-931898-29, Fax 0221-931898-1,

Politischer Mord an afghanischer Frauenbeauftragten in Kandahar

Aus Anlass der Ermordung der Frauenbeauftragten der südafghanischen Provinz Kandahar, Safiya Omar Jan, erklärt die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion und Berichterstatterin für Afghanistan, Angelika Graf:

Die Ermordung der Frauenbeauftragten der Provinz Kandahar ist ein feiger und barbarischer Akt, den wir aufs Schärfste verurteilen. Wir sprechen den Angehörigen unser tiefstes Beileid aus. Ob die Täter aus dem Kreis der Taliban kommen oder nicht - eines steht fest: Fier engagierte Frauen wird es in Afghanistan zunehmend gefaehrlicher. Frauen haben zwar nach Kapitel 2 Artikel 22 der afghanischen Verfassung vor dem Gesetz gleiche Rechte und Pflichten. Diese Vorgabe ist jedoch noch nicht in allen Köpfen ange-

kommen, so dass Frauen weiter um ihre Rechte kämpfen müssen. Dies machen auch zunehmende und gezielte Anschläge auf Mädchenschulen in Afghanistan deutlich. Die deutsche Politik muss und wird die afghanischen Frauen in ihrem Kampf gegen eine Re-Talibanisierung unterstützen.

Insbesondere die geplante Wiedereinführung der dem Religionsministerium angegliederten "Behörde für die Pflege der guten Sitten und die Verhütung von Lastern" müssen wir kritisch beobachten, um eine Einschränkung der Freiheitsrechte - insbesondere für Frauen - zu verhindern. Mit der Behörde droht die Entwicklung einer neuen Religionspolizei, zumal die Befugnisse der "Sittenwächter" noch unklar sind. Im afghanischen Parlament sind - wie von der Verfassung gefordert - 25 Prozent der Abgeordneten weiblich. In der vergangenen Woche waren auf Einladung des Deutschen Bundestages 14 afghanische Parlamentarierinnen in Berlin zu Gast, darunter auch eine Abgeordnete aus Kandahar. Das Selbstbewusstsein und die politische Kompetenz dieser Frauen hat uns tief beeindruckt. Die Stärkung der afghanischen Politikerinnen ist ein wichtiges Ziel des Deutschen Bundestages. Jene Kräfte in Afghanistan - insbesondere die Taliban - die die Frauen wieder aus dem öffentlichen Leben verdrängen wollen, schrecken auch vor Gewalt nicht zurück. Dies müssen wir verhindern und bei allen Gesprächen mit den Verantwortlichen in Afghanistan deutlich machen, dass das Rad der Geschichte nicht zurück gedreht werden darf.

Der Mord an Safiya Omar Jan muss von der afghanischen Polizei und Justiz sofort und lückenlos aufgeklärt werden, damit die Täter rasch zur Rechenschaft gezogen werden können. Nur so kann in Afghanistan der Rechtsstaat praktisch erfahrbar werden.

www.spdfraktion.de

Österreich: Rot und Grün versprechen Absicherung der Frauenhäuser

Bei einer Umfrage des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser zur bevorstehenden Wahl stellen Gusenbauer und

Van der Bellen Lösung für Finanzierungs-Dilemma in Aussicht

In einer schriftlichen Umfrage des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser zur bevorstehenden Nationalratswahl versprechen die Parteichefs der derzeitigen Oppositionsparteien SPÖ und Grüne die österreichischen Frauenhäuser durch die Landes-Sozialgesetze finanziell abzusichern. „Dieses Versprechen nehmen wir gerne beim Wort“, kommentiert die Geschäftsführerin des Frauenhäuser-Netzwerkes Maria Rösslhuber die Ankündigungen. Sie werde die Herren Gusenbauer und Van der Bellen nach der Wahl daran erinnern. Alfred Gusenbauer schlägt in seiner Antwort vor, die Sozialgesetze der Länder zu vereinheitlichen und ein bundesweites Rahmengesetz zu schaffen, das die sozialen Standards sichere. „Dafür setze ich mich ein“, so der SPÖ-Partei-vorsitzende in seiner Antwort. Der Grüne Van der Bellen schlägt den Ländern vor, dem Beispiel von Burgenland und Oberösterreich zu folgen, wo es derzeit eine gesetzliche Verankerung der Frauenhäuser gibt. Neben der finanziellen Absicherung der Frauenhäuser hat Alfred Gusenbauer in seiner Beantwortung der Fragen weiters versprochen, sich mit einer Infokampagne für die Frauenhelpline 0800/ 222 555 einzusetzen, die notorisch unterfinanziert ist. Vom amtierenden Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gibt es zur Frage der Finanzierung keine klare Aussage.

Keine Antwort von BZÖ und FPÖ

Bei der Umfrage des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser wurden den Parteivorsitzenden aller, derzeit im Parlament vertretenen, Parteien vier Fragen gestellt. Peter Westenthaler/BZÖ und Heinz-Christian Strache/FPÖ haben die Fragen nicht beantwortet. Maria Rösslhuber: „Keine Antwort ist auch eine Antwort und zeigt, dass Gewaltprävention offensichtlich kein Thema für das BZÖ und die FPÖ ist.“ Sie bedanke sich aber bei Wolfgang Schüssel, Alfred Gusenbauer und Alexander Van der Bellen für die Beantwortung der Fragen, die im aktuellen Newsletter des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser veröffentlicht werden.

Kein Handlungsbedarf für ÖVP

Auf die Frage nach einer repräsentativen Studie über das Ausmaß von Gewalt an

Frauen und Kindern in Österreich zitiert Wolfgang Schüssel eine Studie aus dem Jahr 1991, auf deren Grundlage derzeit im Ministerium gearbeitet werde. Er sieht in seiner Antwort keine Veranlassung, daran etwas zu ändern. Auch was einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Kindern betrifft, besteht für den jetzigen Bundeskanzler kein Handlungsbedarf. Er betrachte Österreich international als Spitzenreiter im Gewaltschutz.

Resümee.

Gewaltprävention scheint im Wahlkampf kein Thema zu sein, mit dem die Spitzenkandidaten glauben, punkten zu können. Das lässt sich jedenfalls aus den insgesamt wenig ergiebigen Antworten der Umfrage des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser schließen. Dieses Ergebnis stimmt umso nachdenklicher, als gerade vor wenigen Wochen ein Mord in Wien vor Augen geführt hat, wie groß die Defizite beim Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalttaten in Österreich immer noch sind.

Die wortgetreuen Antworten können Sie im Internet unter www.a oef.at/start.htm nachlesen

Pakistan: Vergewaltigte braucht vier Augenzeugen

Hitzige Debatte in Pakistans Parlament über Frauenrechte ergebnislos

Beim Filmfestival in Toronto hatte dieser Tage der Dokumentarfilm »Shame« Premiere. Er zeichnet das Schicksal der jungen Pakistanerin Mukhtaran Mai nach, das im Jahre 2002 Schlagzeilen für die Welt-presse lieferte. Die Frau war in ihrem Dorf in der Provinz Punjab auf Weisung des Gemeinderates vom mehreren Männern vergewaltigt worden, um eine angebliche Liebesbeziehung ihres minderjährigen Bruders mit der Frau aus einem einflussreichen Clan zu »rächen«. Doch Mukhtaran Mai schwieg zu dem Verbrechen nicht - im Gegensatz zu den meisten Pakistanerinnen, die aus Angst davor, die »Familien-ehre« zu beschmutzen und selbst im Gefängnis zu landen, nicht in die Öffentlichkeit gehen. Für die islamischen Rechtsgelehrten gilt der Grundsatz, wer auf Verge-

waltung klagt, gibt außerehelichen Geschlechtsverkehr zu.

Auf Druck von Frauenrechtlerinnen mußten sich zivile Gerichte mit Frau Mais Klage befassen. Die Täter sitzen hinter Gitter, doch ein endgültiges Urteil ist noch nicht gefällt. Zufällig fiel die Premiere von »Shame« (Scham, Schande) zusammen mit der hitzigen Debatte in Pakistan über ein Gesetz zum Frauenschutz. Dreimal stand es in dieser Woche auf der Tagesordnung des Parlaments, dreimal kam es weder zur Debatte noch zur Abstimmung darüber. Schließlich verkündete Informationsminister Muhammad Ali Durrani, man bevorzuge einen »breiteren nationalen Konsens« zu dem kontroversen Gesetz gegenüber einer schnellen Verabschiedung.

Im Kern geht es um die sogenannten Hudood-Verordnungen. Sie waren 1979 von Militärdiktator General Zia-ul Haq im Zuge der Islamisierung Pakistans eingeführt worden. Hudood entspricht archaischen Traditionen der von Männern geprägten Stammesgesellschaft. Die Verordnungen »regeln« besonders Klagen, die Vergewaltigung und Ehebruch betreffen. Beispielsweise muß ein Vergewaltigungsoffer vier männliche, muslimische Augenzeugen des Verbrechens nachweisen. Gelingt der Frau das nicht, so wird der Fall als von ihr verübter Ehebruch geahndet. In schärfster Auslegung steht auf Ehebruch die Todesstrafe, ansonsten sind Auspeitschen oder Kerker üblich. Laut einer Erklärung des Asiatischen Zentrums für Menschenrechte würden etwa 80 Prozent der 6500 in Pakistan inhaftierten Frauen Hudood-Opfer sein.

Ein Bericht der pakistanischen Menschenrechtskommission konstatierte im Jahre 2002, daß im Lande jede zweite Stunde eine Vergewaltigung und jede achte Stunde eine Gruppenvergewaltigung geschieht.

Ursprünglich sollte das Frauenschutzgesetz Fälle von Vergewaltigung der islamischen Rechtssprechung entziehen und unter ziviles Strafrecht stellen. Dagegen liefen die Fundamentalisten Sturm. Letztlich scheiterten alle Kompromißvorschläge. Die Vorsitzende der pakistanischen Menschenrechtskommission, Asma Jahangir, lehnt den Versuch, die überholten Hudood-Verordnungen zu modifizieren

und im Gewande des Frauenschutzgesetzes zu etablieren, grundsätzlich ab. Es handele sich lediglich um eine Farce und diene dazu, Hudood zu erhalten. Die »Grundprobleme der Diskriminierung von Frauen in Pakistan« blieben davon unberührt.

Quelle: www.jungewelt.de

Seyran Ates gibt nicht auf

Wir begrüßen, dass Seyran Ates weiter als Rechtsanwältin in Berlin arbeiten wird. Dank der breiten Unterstützung und konkreten Hilfsangebote hat sie sich zu diesem Schritt entschlossen. Trotz der massiven Anfeindungen und Bedrohungen. Das ist für viele, vor allem von Gewalt und Zwangsheirat bedrohte Frauen ein ermutigendes Zeichen: Seyran Ates, die sich als Kämpferin für die Rechte der muslimischen Frauen einen Namen gemacht hat, gibt nicht auf. Polizei und Justiz sind in der Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen Seyran Ates und andere Frauen den notwendigen Schutz zu gewährleisten.

Presseerklärung von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus

Themen

Vorsicht Eva-Fälle!

FinanzFachFrauen kritisieren überholtes Familienmodell von Eva Herman.

Die TV-Fontfrau Eva Herman sorgt mit ihrem neuen Buch "Das Eva-Prinzip" zurzeit für Schlagzeilen. Heide Härtel-Herrmann, Pressesprecherin der FinanzFachFrauen, einem bundesweiten Zusammenschluss unabhängiger Finanzdienstleisterinnen, wendet sich in einem Offenen Brief an die Buch-Autorin.

Sehr geehrte Frau Herman, das Leben von erwerbstätigen Frauen in Deutschland ist hart.

Ambitionierte Berufstätigkeit, Kinder und eine erfüllte Partnerschaft unter einen Hut zu bringen, fordert viel Kraft und auch den Mut, immer neue Lösungen für die vielen Probleme zu finden, die diese Mehrbelastung mit sich bringt. Die Expertinnen vom Verbund der FinanzFachFrauen unterstützen diese Frauen, indem sie ihnen

eine Finanzberatung bieten, die ihnen im Laufe ihres Lebens ökonomische Eigenständigkeit ermöglicht.

Sie, Frau Hermann - selbst eine beruflich sehr erfolgreiche Journalistin - bieten Ihre Unterstützung nun in Buchform an. Das "Eva-Prinzip" propagiert eine neue Weiblichkeit, die zurückgehen soll auf Los, aber ohne die 2.000 Euro dabei einzuziehen. Denn die behält der treusorgende Ehemann. Beim Lesen Ihres Buches fühlen wir uns unwillkürlich an eine Staubsaugerwerbung erinnert. Auch bei Ihnen magt die Ehefrau und Mutter ein "kleines, erfolgreiches Familienunternehmen". Sie umsorgt Kinder und Ehemann. Schöne alte Welt. Was jedoch weder in Ihrem Buch, noch in der TV-Werbung vorkommt: Das "kleine, erfolgreiche Unternehmen", einschließlich seiner gut gelaunten "Managerin", ist wirtschaftlich abhängig von einem einzigen Auftraggeber - dem alleinverdienenden Ehemann. Die tüchtige Unternehmensleiterin, die Sie so gerne wieder ausschließlich hinter den Herd verbannen würden, ist leider scheinselbstständig und damit wirtschaftlich abhängig. Diese Situation wird vielen Frauen aber erst bewusst, wenn die Idylle in den eigenen vier Wänden bröckelt. Steht eine Scheidung ins Haus, schlägt das Imperium unnachgiebig zurück. Die Frau darf oft die Kinder behalten und wirtschaftlich jetzt endlich auf eigenen Beinen stehen. Karriere- und gute Verdienstmöglichkeiten hat sie aber zuvor durch die "Familienpause" in den Wind geschrieben. Viele Frauen stehen dann vor dem Ruin. Das, liebe Frau Herman, ist eine Erfahrung aus 20 Jahren Frauenfinanzberatung. Die Rechnung, die wir FinanzFachFrauen in solchen Situationen dann mit unseren Kundinnen aufmachen müssen, ist wenig erfreulich: 2004 bekam die Hälfte aller Neurentnerinnen eine Rente zwischen 50 und 350 Euro. Nach einem Leben zwischen Berufstätigkeit und Kindererziehung liegen in der Regel die Frauenrenten zwischen 500 und 750 Euro, die Männerrenten beginnen bei 750 Euro.

Ihre Zeitreise in die 50er Jahre, sehr geehrte Frau Herman, wird bald vergessen sein. Was bleibt ist lediglich ein schaler Nachgeschmack und die Frage: Wer unterstützt denn berufstätige Frauen, wenn es nicht jene tun, die Erfahrungen mit ei-

nem solchen Leben gemacht haben? Wer setzt sich für mehr Kinderbetreuung ein? Und wer setzt sich für ein Steuersystem ein, das auf das moderne Leben von Frauen und auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten ist?

Liebe Frau Hermann, wir meinen: Hier ist die Fürsprache von wortgewandten und prominenten Frauen wie Ihnen gefragt. Stattdessen verkaufen Sie ein Modell, das uns wieder dem Ehemann unterordnet. Das ist keine Hilfe und keine neue Weiblichkeit, sondern lediglich ein schlechter Rat, der schnell in den Ruin führen kann. Hochachtungsvoll

Heide Härtel-Herrmann, Pressesprecherin der FinanzFachFrauen, einem bundesweiten Zusammenschluss unabhängiger Finanzdienstleisterinnen
www.finanzfachfrauen.de

Rabenmütter gibt es nur in Deutschland

Wie falsch die rückwärtsgewandten Thesen Eva Hermans sind, zeigen neue Studien. Überall, wo die Emanzipation tatsächlich stattgefunden hat, bekommen Frauen mehr Kinder als in Deutschland.

Von Sabine Pamperrien

Fast genau ein Jahr ist es her, dass die «Zeit»-Redakteurin Susanne Gaschke mit dem flott geschriebenen Buch «Die Emanzipationsfalle» die umstrittene These in die Welt setzte, die Emanzipation der Frauen sei der Grund für das Sinken der Geburtenziffern in Deutschland: Die Emanzipation habe den Drang in Ausbildung und Beruf gefördert. Und je besser ausgebildet und erfolgreicher im Beruf die deutsche Frau sei, umso fortpflanzungsunwilliger werde sie.

Gaschkes Buch wurde in allen großen Feuilletons besprochen und in seiner Bestandsaufnahme deutschen Frauenlebens zu Beginn des 21. Jahrhunderts als überaus treffend gelobt. Allerdings hielt bis hin zur «FAZ» niemand die Begründungen und die daraus hergeleiteten Vorschläge zur Bewältigung des Bevölkerungsrückgangs für realistisch. Eva Herman hat sich nun für ihr «Eva-Prinzip» eine weitere Zuspitzung der Gaschke-Thesen ausgedacht. Die fundierte Feminismus-Kritik der

«Zeit»-Autorin verkürzte die Nachrichtensprecherin auf die simple These, der Platz der Frau sei im Haus.

«Bestenfalls Kaffeersatzleserei»

Schon Frank Schirrmachers «Methusalem-Komplott» ließ die Nation angesichts ihres baldigen Aussterbens wohliger erschauern. Die vereinzelt Stellungnahmen von Experten, die besagten, dass sich die Sache mit dem Bevölkerungsschwund aus fachlicher Sicht doch etwas anders verhält, verhalten im Off. Wer hört schon gern, dass die Geburtenstatistik für Deutschland schon dann gar nicht mehr so dramatisch ist, wenn man die richtige Kennzahl zum Vergleich heran zieht.

Die deutsche Geburtenrate ist tatsächlich die niedrigste der Welt. Sie gibt die Zahl der Kinder je 1000 Einwohner an und geht mit dem Altern der Bevölkerung naturgemäß zurück. Bei der tatsächlich für die Bevölkerungsstatistik relevanten Geburtenziffer, die die Anzahl der Kinder je Frau angibt, sieht das etwas anders aus.

Sowohl Spanien, Italien, Griechenland, als auch fast alle neuen EU-Mitgliedsstaaten liegen hinter der deutschen Geburtenziffer. Prognosen, die vom Aussterben der Deutschen im Jahr 2100 sprechen, bezeichnet der Statistiker Professor Gerd Bosbach daher als «bestenfalls Kaffeersatzleserei, im schlimmsten Fall schlichten Unsinn».

Gut ausgebildet

Bosbach wies im Interview mit der Netzeitung auch auf den Umstand hin, dass die Überalterung der deutschen Bevölkerung bereits seit 50 Jahren bekannt sei und ihr drastischster Anstieg schon weit zurück liege. Trotz Kenntnis der Sachlage seien die Sozialsysteme aber immer weiter aus- und nicht abgebaut worden. Erst die andauernd hohe Arbeitslosigkeit habe zu einer geänderten Wahrnehmung geführt. Bosbach wagt die These, dass die Diskussion um die demografische Entwicklung der Politik lediglich dazu diene, von ihrer Hilflosigkeit gegenüber der Massenarbeitslosigkeit abzulenken.

Vor diesem Hintergrund wird dann besonders interessant, dass Journalisten wie Herman nun für eine allenfalls dem Spekulativen zuzuordnende Bedrohung die Schuldigen suchen. Plötzlich sind es die Frauen selbst, die das bevorstehende

Aussterben der Deutschen zu verantworten haben, insbesondere jene, die gut ausgebildet in guten Berufen arbeiten.

«Opfer des Emanzipationswahns»

Gaschke etwa riet den Frauen, erwachsenere Beziehungen zum Zwecke der Familiengründung einzugehen und beanspruchte außerdem die Deutungshoheit darüber, welche gesellschaftlichen Schichten bevorzugt zur Fortpflanzung animiert werden müssten.

Herman wiederum verlangt rigoros die Rückkehr zur «eigentlichen Natur» des Weiblichen. Längst vergessene Thesen des Radikalfeminismus der frühen siebziger Jahre werden von ihr bemüht, um mittels eines uralten Feindbildes die real erreichte Chancengleichheit von Mann und Frau erneut zu einem Geschlechterkampf umzudefinieren. Dass dieser sich aber schon in den Siebzigern fast ausschließlich in den Medien zutrug, bleibt selbstverständlich unerwähnt.

Stunend kann man bei Herman lesen, dass arbeitende Frauen hormonell vermännlichten. Parallel dazu verweiblichten verschreckte Männer und liefen den herrischen Frauen scharenweise davon. Haben diese entweiblichten Frauen – «ihr wahres Selbst verleugnende Opfer des Emanzipationswahns», so Herman – aber wider Erwarten Kinder, ist es auch nicht recht: Herman bastelt sich nämlich aus allerlei verhaltensbiologischen Beobachtungen die These zurecht, Kinder solcher Rabenmütter wüchsen zu beziehungsunfähigen Erwachsenen heran.

Nur scheinbar modern

All dieses Geplapper wäre nicht der Rede wert, müsste nicht auf einen wesentlichen Umstand hingewiesen werden: Hermans Unsinn ist in gewisser Hinsicht repräsentativ für die Mentalität in der Bundesrepublik. Wir leben nur scheinbar in einem modernen Land: Tatsächlich zählt die deutsche Gesellschaft zu den rückständigsten innerhalb der EU, wie eine neue Studie zeigt.

Interessant wird es, wenn es gilt, daraus die richtigen Schlüsse auch für die demografische Entwicklung zu ziehen. Denn zwischen Emanzipation und Demografie besteht in den Industrieländern tatsächlich ein Zusammenhang.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat im Jahr 2005 eine europaweite Studie zum Phänomen des so genannten ökonomisch-demografischen Paradoxons vorgelegt: Warum sinken in den westlichen Industrienationen die Geburtenzahlen, obwohl die Menschen sich bei steigendem Wohlstand mehr Kinder leisten könnten? Da die Geburtenziffern in den europäischen Ländern stark differieren, wurde in der Studie eine differenzierende Analyse erarbeitet. Insbesondere wurde hinterfragt, ob die Emanzipation der Frauen eine besondere Rolle spielt.

Verharren im Traditionalismus

Die Gleichstellung von Männern und Frauen erwies sich sogar als der bedeutendste Faktor bei den Voraussetzungen für das Realisieren des Kinderwunschs. Der daraus zu ziehende Schluss fällt allerdings gänzlich anders aus, als Gaschke und Herman es darstellen. Es werden nämlich dort die meisten Kinder geboren, wo die Emanzipation am weitesten fortgeschritten ist. In den Ländern, in denen die Erwerbsbeteiligung von Frauen am höchsten ist und in denen Frauen auch nach der Geburt ihrer Kinder am seltensten ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, sind die Geburtenziffern am höchsten.

Das Fazit der Studie besagt, dass die Geburtenraten dort am meisten zurückgehen, wo Frauen zwar weitgehend emanzipiert sind, der Rest der Gesellschaft aber noch auf einem vergleichsweise traditionellen Entwicklungsstand verharrt. In Gesellschaften, in denen die neue Rolle der Frau anerkannt und unterstützt wird, werden hingegen die meisten Kinder geboren. Nach Spanien, Italien und Griechenland ist Deutschland das frauenunfreundlichste und deshalb kinderärmste Land Europas. Ein weiteres Argument für den Rückgang der Kinderzahlen wird in der Studie entkräftet: Stabile Ehen sind durchaus nicht Voraussetzung für reichen Kindersegen. Denn auch die Scheidungshäufigkeit ist ein Indikator für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Wo Frauen die Möglichkeit haben, im Fall einer Trennung finanziell unabhängig von ihrem männlichen Partner zu existieren, muss der Kinderwunsch nicht unterdrückt werden. In Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten kommen daher sogar generell mehr Kinder zur Welt.

Nicht wirklich modern

Wie es sich im Deutschland des beginnenden 21. Jahrhunderts das Leben als beruflich erfolgreiche Mutter anfühlt, haben die beiden «Spiegel»-Redakteurinnen Anke Dürr und Claudia Voigt in dem im März erschienenen Sammelband «Die Unmöglichen. Mütter die Karriere machen» dokumentiert. Vierzig Jahre nach den lautstarken Interventionen des Radikalfeminismus wird von ihnen der Umstand als Hoffnungsschimmer verstanden, dass die wenigen Frauen in Deutschland, die Karriere machen und zugleich Kinder aufziehen, nicht mehr grundsätzlich als Rabenmütter diffamiert werden.

Und trotzdem zeigt jedes der Portraits, dass in Deutschland die Uhren noch anders ticken als in den wirklich modernen westlichen Ländern, deren Bewohner gern Kinder in die Welt setzen. Professor Constance Scharff etwa musste nach ihrer Rückkehr nach Deutschland nach Jahren in den USA und Frankreich erst einmal lernen, dass es hierzulande noch längst keine Selbstverständlichkeit ist, was in den anderen Ländern nicht einmal mehr problematisiert wird: die arbeitende Mutter.

Woanders hilft der Staat

Evelyn Roll hat in ihrem Beitrag zu dem Sammelband über diesen neuerlichen deutschen Sonderweg ein paar wütende Notizen gemacht. Eigentlich hat eine junge Frau aus Deutschland auch heute nur wenig Chancen, eine große Karriere zu machen und eine glückliche Familie mit Kindern zu haben. Am besten ergeht es ihr, wenn sie ins Ausland geht. «Anderswo gibt es weder das pseudo-wissenschaftlich-entwicklungspsychologische noch das gesellschaftlich-repressive Argumentationsfutter für das angeblich so große Mutter-Kind-Karriere-Dilemma. In anderen Ländern hilft der Staat dabei, dass gerade die sehr gut ausgebildeten Mütter nicht dem Arbeitsmarkt verloren gehen.»

In anderen Sprachen gibt es nicht einmal ein Wort für den deutschen Terminus «Rabenmutter». Auf deutschen Spielplätzen hingegen müssen sich berufstätige Mütter noch immer vor deutschen Hausfrauen für ihren «Egoismus» rechtfertigen. Und nun werden sie auch noch von einer «Tagesschau»-Sprecherin diszipliniert.

Das Resultat dürfte im schlimmsten Fall ganz gegen die Intention von besorgten Müttern wie Herman ausfallen: noch mehr Frustration, noch weniger Kinder.

Eva Herman oder Wie frau einen Bestseller landet

Luise F. Pusch

Eben schickte mir eine Freundin folgende Mail: "Wie ist der Eva Herman bei-zukommen bzw. wie würdest du auf ihr Buch reagieren? Auch hier bei uns schlagen ihre Thesen Wellen – Natürlich viel Stoff für Konservative – ich denke aber auch, dass sie irgendwie den Nerv der Zeit trifft und sich viele Frauen vielleicht auch entlastet fühlen mit diesen Thesen."

Ich schrieb meiner Freundin zurück: ...bis jetzt hatte ich Eva Hermans Thesen ignoriert - es gibt so viel Wichtiges zu tun, nicht? Schon der Name weckt Bedenken: *Herr + Mann* runtergekürzt auf *her man*. Aber nun habe ich mir eben den Artikel in Cicero durchgelesen.

Das sind doch alles uralte Hüte! Wie können die Leute da von "Thesen" sprechen? Ich entdecke keinen neuen Gedanken. Schöpfungsauftrag erfüllen, Frau an den Herd und in die Kinderstube, der Mann hinaus ins feindliche Leben. Steht doch alles schon in Schillers *Glocke* und bei allen vorangegangenen Patriarchen ebenso. Über Schillers *Glocke* haben sich vor 200 Jahren schon Caroline Schlegel-Schelling und ihre Freundinnen kaputtgelacht.

Ich denke, Eva Herman ist eine gewitzte Medienfrau. Sie weiß, daß sie mit diesen Thesen von anno dunnemals in die Schlagzeilen kommt (Stichworte: Sommerloch, Männermedien) und ihr Buch bestens verkaufen wird. Ähnlich wie unser Günter Grass neulich diesen dollen Coup gelandet hat, mit seinem späten Geständnis, daß er bei der Waffen-SS war - rechtzeitig zum Erscheinen seiner Memoiren. Nun ist sein Buch auf den allerersten Bestsellerplätzen (bei Amazon Platz 21 am 4.9.06 um 10:10 Uhr; Eva Hermans *Eva-Prinzip* sogar weit vor ihm auf dem 6. Platz). Bei Eva Herman liegt wahrscheinlich der (kalkulierte) Reiz darin, daß sie intelligent, modern und sympathisch wirkt, auch optisch gut rüberkommt, wie Grass

eine bekannte Figur ist - nun aber dermaßen Altbackenes aufwärmt, daß alle erschreckt und ungläubig (je nach Intelligenz und Nostalgie vielleicht auch triumphierend) losgackern. So wie auch niemand Grass mit der SS hatte in Verbindung bringen wollen. Schockwirkung nach der Regel: ANY publicity is GOOD publicity. Das wußte schon Eva Gabor.

Gegen Eva Hermans alte Thesen empfiehlt sich Hedwig Dohms Buch *Die Antifeministen* aus dem Jahre 1901. Da das derzeit selbst antiquarisch nicht mehr greifbar ist, kann frau einige von Dohms Geistesblitzen auf www.hedwigdohm.de kennenlernen.

Die Frau hat in der Küche versagt? - Kann der Mann nicht kochen?

Die Frau hat in der Kindererziehung versagt? - Kann der Mann keine Kinder erziehen?

Die Frau ist überarbeitet und unglücklich im Beruf? - Ja wenn sie auch noch den Pascha und die Kinder allein versorgen muß!

Die Frauen lassen sich massenweise scheiden? – Na endlich! Früher ging das nicht, weil sie finanziell von ihm abhängig war.

Die Deutschen sterben aus? - Ich denke, auf unserem Planeten tobt die Bevölkerungsexplosion?! Soll die Welt ausgerechnet am deutschen Wesen wieder genesen?

Undsoweiter!

Das „Adam- & Eva-Prinzip“ in Politik und Medien

Monika Gerstendörfer

Jede Politik ist immer auch – wenn nicht vor allem – Geschlechterpolitik und damit eine Herrschaftsfrage. Eine Herrschaftsfrage, die, sagen wir es gleich zu Anfang deutlich, auf sexistisch-ideologischen Traditionen beruht. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand die feministische Bewegung. Wir haben ihr so viel zu verdanken. Doch mit Dank ist es nicht getan, wir müssen am Ball bleiben und weiter dafür kämpfen, damit Frauen genauso viele Freiheitsgrade für ihr Erleben und Verhalten bekommen wie Männer. Geduld, ein langer Atem und „*Predigten*“ sind nach wie vor vonnöten, um dies eines Tages durchzusetzen. Phasenweise ist sogar sehr,

sehr viel Geduld gefragt; besonders dann, wenn Frauen gegen Frauen munitionieren und dazu die immer bereit liegenden Schienen der Machogesellschaft – vorzugsweise Massenmedien – benutzen. Und dann ergeht es uns eben so, wie es Hedwig Dohm (1833-1919) bereits im vorletzten Jahrhundert treffend zusammenfasste:

„Man kommt sich auf dem Gebiet der Frauenfrage immer wie ein Widerkäufer vor. Es liegt an der Taktik der Gegner, die wieder und wieder dieselben Behauptungen aufstellen, unter absoluter Ignorierung unserer Widerlegungen, und uns damit nötigen, das zehnmal Gesagte noch einmal zu sagen.“

Aber es kann immer noch schlimmer werden. Nämlich dann, wenn die (*in Biologie nicht ausgebildeten*) Biologist/innen dahermarschieren kommen. Mit Gedankengut, das auch im Nazi-Deutschland besonders beliebt war. Und im religiösen Fundamentalismus sowieso. Danach hat die Frau an sich einen „*Schöpfungsauftrag*“. Ein Auftrag, der sie jedoch nicht erhebt oder erhöht, wie der Begriff vermuten lassen könnte; sondern erschöpft. Und festnagelt! Typische Frauenfragen?

Zu viel wird wie selbstverständlich zur „*Sache der Frau*“ erklärt. Man sieht das deutlich an der Zuordnung von lebenswichtigen gesellschaftlichen Regelungen, die immer wieder neu ausgehandelt werden (*müssen*). Ob Kinderbetreuungsmaßnahmen, Verhütungsmethoden, Abtreibungsfragen u.v.m. – solche „*Themen*“ werden quasi automatisch den Frauen zugeordnet. Ihre Aufgabe! Ihre Zuständigkeit! Ihre Verantwortung! Kaum jemand denkt ernsthaft sofort oder gar ausschließlich an das männliche Geschlecht, wenn es um Kinderbetreuung, Verhütung oder Abtreibung; sowie die damit verbundene Verantwortung geht.

Das nennt sich „*Gender-Effekt*“ und auch „*Feminisierung der Verantwortung*“, um es vornehmer auszudrücken, und der breitere Rahmen spiegelt dies ebenso wider: Gesundheits- und Versicherungswesen, Bevölkerungspolitik, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, Technologie- und Forschungsstand, Medienpolitik und Werbung, Strafrecht und Rechtsprechung, Einfluss der jeweils vorherrschenden Religionen; kurz: die gesamte Ressourcenver-

teilung und die Entscheidung (*smacht*) über diese Verteilung ist „*gender-infiziert*“. Rosa oder blau. Aus weiblicher Sicht in jedem Falle sexistisch, weil höchst einseitig verteilt.

Da ist es schon ein wenig merkwürdig, dass es Frauen gibt, die diese einseitige, biologistisch und ideologisch basierte Ressourcenverteilung für „*ganz normal*“ halten und womöglich noch verteidigen und propagieren. Damit verwechseln sie nämlich nicht nur „*Norm*“ mit „*normal*“... Nein, sie verharren so in einem starren Welt- und Menschenbild, das jegliche Vielfalt und Weiterentwicklung im Keim erstickt. Ein solches System stirbt den „*Wärmemethod*“. Für Lebendiges ist kein Platz mehr.

Brauchen wir einen europäischen Frauensicherheitsrat?

Aufruf und Umfrage zu einer Europakonferenz als Beginn eines „europäisches Staffellaufes“ für Entmilitarisierung und Gleichberechtigung auch und besonders in der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik

Verehrte Interessierte, liebe Freundinnen und Freunde,

Die Europäische Union ist auf den Trümmern Europas errichtet worden, als explizites Friedensbündnis, nachdem Nazi-Deutschland endlich besiegt war. „Die Ruinen sind das unansehnliche und doch unentbehrliche Fundament“ eines vereinten Europa, schrieb der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg. Diese gemeinsame Geschichte verpflichtet uns, und ganz besonders die PolitikerInnen Europas, zu einer konsequenten Friedenspolitik. Alles andere ist ein Verrat an der Idee und der Wirklichkeit des vereinten und sich weiter vereinenden Europas.

Leider sehen ein Teil der politischen EntscheidungsträgerInnen und besonders die Wirtschaft den europäischen Einigungsprozess in erster Linie als lukrative Möglichkeit der Markterweiterung. Wirtschaftliche Interessen und Investitionen müssen abgesichert werden, notfalls auch mit militärischen Mitteln. Diese Haltung in weiten Teilen der Politik beeinflusst wesentlich auch das 2003 beschlossene gemeinsa-

me EU-Sicherheitskonzept, das vor allem auf militärische statt auf zivile Konfliktbearbeitung setzt; durch den Aufbau einer europäischen Rüstungsagentur; durch eine weltweit einsetzbare europäische Interventionsarmee, die im Zweifelsfall, so wie in den Planspielen des „European Defense Paper“ von 2004 beschrieben, gemeinsam mit der US-Armee Ölfelder des Nahen Ostens besetzt, um „europäische Interessen zu verteidigen“. Diese Interessen könnten bedroht werden, so heißt es in dem Papier weiter, „durch eine massive Erhöhung der Energiekosten... oder die Störung der Handels- und Warenströme.“

Für diese Vorhaben, die ein kleiner, fast ausschließlich männlicher Kreis von Sicherheitspolitikern beschlossen hat, fehlt jede demokratische Legitimation. Weder das EU-Parlament noch die nationalen Parlamente haben dieser Sicherheitsstrategie je zugestimmt. Diese Politik verstößt gegen den erklärten Willen vieler Frauen wie Männer in Europa, die auf vielfältige Art und Weise daran arbeiten, Konflikte und Krisen auf zivilem Wege zu überwinden. Sie ist ein klarer Verstoß gegen die EU als Friedensbündnis, aber auch gegen ihren Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann. Denn besonders Frauen sind von diesen Politikentscheidungen ausgeschlossen. Ob in Krisenzeiten und oder bei Friedensverhandlungen – sie sind an dieser von Männern geprägten Sicherheitspolitik nicht oder nur vereinzelt beteiligt, wie wir gerade im Kosovo erleben. Dies bedeutet einen doppelt undemokratischen Ausschluß aus einem existentiell wichtigen Bereich europäischer Politik.

Die vielfältigen Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung werden viel zu wenig gefördert und angewandt. Auch in der EU und ihren Mitgliedsstaaten übersteigen die Etats für Militär und Aufrüstung die für zivile Konfliktbearbeitung um mindestens das Tausendfache. Wir aber wünschen uns, und wir arbeiten mit all unserer Kraft daran, dass Europa zu einem Global Player der zivilen Alternativen wird. Wir, das ist der deutsche „Frauensicherheitsrat“, ein während des letzten Irakkriegs gegründetes, ehrenamtlich arbeitendes Netzwerk von rund 50 Friedensforscherinnen und –aktivistinnen, die zum Teil Organisationen vertreten wie amnesty interna-

tional, medica mondiale oder die Heinrich Böll Stiftung.

Wir rufen die Frauen Europas auf, sich massiv in alle Sphären der Sicherheitspolitik einzumischen, und verlangen die konsequente Umsetzung von Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in ganz Europa und in allen seinen nationalen und supranationalen Einrichtungen wie EU, OSZE oder Balkan-Stabilitätspakt. Frauen, so besagt diese Resolution vom 31. Oktober 2000, sollen auf allen Ebenen in Friedensprozesse einbezogen werden: lokal, national, regional, bei der Konfliktprävention, bei Friedensmissionen, beim staatlichen Wiederaufbau, in Parlamenten, Regierungen, Justiz, Polizei und allen anderen staatlichen Bereichen. Frauen sind die Hälfte Europas - die Hälfte der europäischen Politik, der europäischen Ideen, Projekte und Zukunftsvisionen.

Vor diesem Hintergrund planen wir eine europäische Vernetzungskonferenz.

Voraussichtlicher Termin: die Tage um den 8. Mai 2007. Voraussichtlicher Ort: Berlin oder Bonn. Denn Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft inne, und wir möchten unserer Forderungen auch mit den politisch Verantwortlichen an Ort und Stelle diskutieren. Die Ergebnisse der Konferenz werden auch an die zuständigen EU-Gremien übermittelt.

Folgende Themen sollten im Vordergrund stehen:

Brauchen wir ein europäisches Netzwerk von Expertinnen und Aktivistinnen zur Verwirklichung von Resolution 1325 Ähnlich dem deutschen Frauensicherheitsrat? Wenn ja, wie verwirklichen wir es?

Die Schweiz, Großbritannien, Schweden, Norwegen und Dänemark sind bislang die einzigen Länder, deren Regierungen, nationale Aktionspläne zur Realisierung von Resolution 1325 vorgelegt haben. wie UN-Generalsekretär Kofi Annan sie ausdrücklich angefordert hat. Wie sehen diese aus? Wie können wir Druck organisieren, in weiteren europäischen Ländern, aber auch für Europa insgesamt und für übergreifende Gremien wie Balkan-Stabilitätspakt solche Aktionspläne aufgelegt werden? Wie können wir Einfluß nehmen auf die friedens- und sicherheitspolitischen

Entscheidung des EU-Rats und der EU-Kommission, wie auf die NATO?.

Wie ergeht es den „Zielländern“ europäischer Interventionen? Wie erleben dort die einheimischen Frauen und Männern die europäische Interventionen? Was wäre im Sinne einer zivilen Konfliktbearbeitung notwendig? Beispiele: Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Demokratische Republik Kongo.

Was können wir tun, um Europa zu entmilitarisieren? Um zivile Konfliktbearbeitung statt militärischer Interventionen zu stärken?

Um die Konferenzergebnisse nachhaltig zu gestalten, würden wir gern einen „Staffellauf“ beginnen. Wir würden gerne am Ende der Konferenz den „Staffelstab“ an unsere Gäste aus Portugal und Slowenien, Frankreich und Tschechien weiterreichen, deren Länder in den nächsten zwei Jahren die EU-Ratpräsidentschaft innehaben. Jeweils die Frauen aus diesen Ländern, die gerade den EU-Ratsvorsitz innehaben, sollten dann Verantwortung dafür übernehmen, dass auf europäischer Ebene Aktivitäten weitergehen, um europaweit die UN-Resolution 1325 umzusetzen. Welche Aktionen sie unternehmen, um den Druck zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele aufrechtzuerhalten, bleibt natürlich immer ihnen überlassen.

Heidi Meinzolt-Depner, Kreuzweg 6, D 82131 Stockdorf, Tel +49 89 89979690.

: meinzolt-depner@t-online.de

Näheres über den deutschen Frauensicherheitsrat finden Sie unter www.un1325.de oder, auch auf englisch, unter www.glow-boell.de

Erstes multikulturelles Frauenmagazin

Im Juli erschien die erste Ausgabe der Gazelle - des »ersten und einzigen multikulturellen Frauenmagazins«

Von Jana Frielinghaus Sineb El Masrar klingt am Telefon keineswegs entmutigt. Dabei ist die Lage nicht rosig. Im Juli publizierte die 25jährige im Eine-Frau-Verlag die erste Ausgabe des »ersten und einzigen multikulturellen Frauenmagazins« Gazelle mit einer Auflage von 10000 Exemplaren.

Doch es ist schwer, das Heft im Zeitungshandel zu plazieren. Obwohl das Interesse bei Frauen »mit Migrationshintergrund« überwältigend zu sein scheint, war es an den Kiosken der Bahnhöfe meist nicht zu finden. In etlichen Fällen hatten die Händler es gar zu den Pornomagazinen gelegt. Das Erscheinen der zweiten Ausgabe, das eigentlich für den 13. September geplant war, mußte Sineb El Masrar nun, weil das Geld dafür fehlt, auf unbestimmte Zeit verschieben. Eins ist für sie trotzdem klar: Sie will sich nicht von Sponsoren abhängig machen, denn dann, so El Masrar gegenüber jW, »könnten wir bald nicht mehr schreiben, was wir wollen und die wirklichen Probleme der Frauen zeigen«. Lieber hofft sie, dass mit der Zeit doch noch genug Verkaufserlöse zusammenkommen, um weitermachen zu können. Sie hat erreicht, daß das erste Heft weiter im Handel erhältlich ist, und auch einen Grafiker, der beim Layouten hilft, hat sie mittlerweile gefunden.

Bestärkt sieht sich die gebürtige Hannovererin in ihren Plänen zudem dadurch, dass nicht wenige Frauen das Magazin abonniert haben, noch bevor sie die erste Ausgabe in Augenschein genommen hatten. Das Redaktionsteam, in dem die Herkunftsländer Türkei, Marokko, Afghanistan, Jugoslawien, Iran und Polen vertreten sind, will offenbar eine Mischung aus Unterhaltung, Reflexion spezifischer sozialer Probleme und politischer Debatten, aber auch Hintergrundinformation zu Phänomenen wie dem vieldiskutierten »Ehrenmord« bieten. Danica Bensmail schildert ihre Kindheit und Jugend als »Mischlingskind« in der deutschen Provinz, und wie sie lernte, mit ständigem Angestartwerden und Bemerkungen wie »Deine Mutter hatte wohl einen Quickie mit einem Neger« klarzukommen. Larissa Gruner warnt vor der Vorstellung, die Arbeit als Anwältin hätte irgend etwas mit dem zu tun, was so in der US-Fernsehserie »Ally McBeal« passiert und erklärt, was mit einem Jurastudium so auf eine zukommt. Dazu gibt es ein Interview mit der jungen Nürnberger Anwältin Beyhan Biyiklioglu.

Ein weiterer Schwerpunkt des Heftes sind die Probleme alleinerziehender Musliminnen. Nicht wenigen Frauen dürften die Beiträge eine Ermutigung sein, sich für ein

selbständiges Leben zu entscheiden. Allein dies ist ein Verdienst, das Anerkennung verdient.

Gleichwohl lehnt Sineb El Masrar, selbst verheiratete Muslimin, die pauschale Kritik am Islam, wie sie in deutschen Medien an der Tagesordnung ist, ab und will in der Gazelle eine differenzierte Auseinandersetzung mit Islam und religiösem Fundamentalismus fördern. Von den in Talkshows dauerpräsenten Kronzeuginnen gegen den »politischen Islam« wie Necla Kelek oder Seyran Ates fühlt sie sich häufig nicht vertreten, obwohl sie deren Engagement gegen die »Ehrenmorde« bewundert.

Gazelle-Abo unter gazelle-magazin.de, Mail (abo@gazelle-magazin.de) oder per Post bei Gazelle Magazin, Ernst-Mehlich-Str. 11, 44141 Dortmund

Quelle:www.jungewelt.de

Internationale Handelspolitik nicht geschlechtsneutral

EP unterstreicht die Stärkung der Frauen im internationalen Handel

Zur heutigen Abstimmung des Europaparlaments zum Initiativbericht "Perspektiven von Frauen im internationalen Handel" erklärt die Berichterstatterin und Grünen-Koordinatorin im EP-Frauenausschuss, Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/ Die Grünen):

Es ist High Noon, dass das Europaparlament die Diskriminierung der Frauen in der globalen Handelspolitik und die geschlechterspezifischen Auswirkungen der Marktliberalisierung auf die Tagesordnung setzt. Die Abgeordneten haben unterstrichen, dass Frauen in der internationalen Handelspolitik gestärkt werden müssen. Fairer, nachhaltiger Handel meint immer auch Handel, der zur Gleichstellung der Geschlechter beiträgt.

Die Europäische Union, die sich als Wertegemeinschaft versteht und gerade im Bereich der Gleichstellung Meilensteine gesetzt hat, muss diese Werte aktiv in der internationalen Handelspolitik vertreten. Es kann nicht sein, dass handelspolitische Abkommen und damit verbundene Marktliberalisierung völlig losgelöst neben bestehenden internationalen Vereinbarungen zu Menschenrechten und menschenwür-

digen Arbeitsbedingungen stehen. Der Exporterfolg vieler Länder ist nur durch die Diskriminierung von Frauen möglich, die in Fabriken zu inhumanen Bedingungen ihre Existenz fristen. Die Idee, dass die Ausweitung des internationalen Handels zu mehr Wohlstand führen wird, bleibt eine Worthülse, solange Diskriminierungen von Frauen nicht abgeschafft werden. Wenn es möglich ist für Unrechtssysteme Wirtschafts- und Handelssanktionen zu verhängen, wieso soll dann der Handel mit Staaten gefördert werden, die massiv gegen Frauenrechte verstoßen?

Die EU-Kommission ist aufgefordert, durch eine Reihe von Maßnahmen zur Gleichstellung im internationalen Handel beizutragen. Dazu zählen die Einrichtung einer speziellen Abteilung in der Generaldirektion Handel, die umgehende Einführung von Gender Budgeting auf allen Ebenen der Handelspolitik und die Errichtung eines Fonds für Frauen. Das Europaparlament unterstützt auch die Einführung der norwegischen Frauenquote, die vorschreibt, dass der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten börsendotierter Unternehmen mindestens 40 Prozent betragen muss.

Die heutige Abstimmung ist ein Zeichen, dass die Europäische Union für eine gerechte Globalisierung eintritt. Die EU-Kommission ist aufgerufen, die Forderungen des Parlaments umfassend zu berücksichtigen.

Email: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu

Homepage: <http://www.hiltrud-breyer.de>

110. Geburtstag von Elisabeth Selbert

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Seit 1949 heißt es in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. "Wir verdanken diesen heute selbstverständlichen Satz dem Einsatz und der Hartnäckigkeit von Elisabeth Selbert, einer der vier Mütter des Grundgesetzes. Elisabeth Selbert setzte gegen anfangs heftigen Widerstand die Aufnahme der Gleichberechtigung von Mann und Frau ins Grundgesetz durch", betonte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

Elisabeth Selbert wuchs in einer christlichen Familie in Kassel auf. Ihre für die damalige Zeit typische Erziehung ließ nicht erwarten, dass Selbert eine der herausragenden Streiterinnen für die Gleichberechtigung werden würde. Philipp Scheidemann, der damalige Oberbürgermeister von Kassel und spätere Reichskanzler, ermutigte Selbert, selbst politisch aktiv zu werden.

Als Delegierte sprach sie bei SPD-Parteitag und Frauenkonferenzen. Sie setzte sich für eine aktive politisch-parlamentarische Teilhabe von Frauen ein und engagierte sich bei Wahlveranstaltungen, häufig zusammen mit Philipp Scheidemann. Ihr großes Thema blieb die Gleichberechtigung. Zwar hatte die Weimarer Verfassung festgeschrieben, dass Männer und Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte haben - doch die Lebenswirklichkeit der meisten Frauen sah anders aus.

Nach Besuch der Gewerbe- und Handelsschule des Frauenbildungsvereins Kasse und einer Anstellung im Telegraphendienst der Post holte sie 1925 ihr Abitur nach und studierte in Marburg und Göttingen Jura. Sie promovierte zum Thema "Ehezerrüttung als Scheidungsgrund". Kurz bevor das NS-Regime Frauen vom Beruf in der Justiz ausschloss, erhielt sie im Dezember 1934 die Zulassung als Rechtsanwältin.

1948 wurde Elisabeth Selbert als eine von vier Frauen in den Parlamentarischen Rat berufen. Mit Vehemenz und Hartnäckigkeit setzte sie sich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein. Am 18. Januar 1949 nahm der Parlamentarische Rat Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz in "Selbertschen" Wortlaut ohne Gegenstimmen an. Im Anschluss war Elisabeth Selbert bis 1954 Abgeordnete im Hessischen Landtag und entwarf in dieser Zeit ein neues Familienrecht. Elisabeth Selbert starb am 9. Juni 1986 in ihrer Heimatstadt Kassel.

Seit 1983 vergibt die Hessische Landesregierung den "Elisabeth-Selbert-Preis" für wissenschaftliche und journalistische Arbeiten, die "das Verständnis für die besondere Situation der Frau und die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Entwicklung in der Gesellschaft fördern". Das Bundesministerium der Justiz hat den 110

Geburtstag von Elisabeth Selbert zum Anlass genommen, einen Sitzungssaal nach der engagierten Juristin und Rechtspolitikerin zu benennen.

presse@bmj.bund.de

Glosse

Laut & Luise:

Die aktuelle Glosse von Luise

F. Pusch

Figaros Hochzeit und der Tristan-Akkord

Nein, Mozart hat in seiner Oper *Figaros Hochzeit* nicht den Tristanakkord vergessen - aber bevor das Mozartjahr zu Ende geht, möchte ich doch noch folgende Geschichte loswerden:

Ende August schrieb mir eine wagnerbegeisterte Freundin: "Ich war in Bayreuth und habe *Tristan und Isolde* mit Nina Stemme gesehen. Warum spricht man immer nur vom Tristan-Akkord, wo Isolde doch auch Sehnsucht hat und dies auch musikalisch ausgedrückt wird? Ist doch wieder eine Frechheit."

Sie hat ja so recht - und mir war das noch nie aufgefallen!

Wahrscheinlich liegt es an der ungalanten Erstnennung von Herrn Tristan im Operntitel. Hieße die Oper "Isolde und Tristan", würden wir wahrscheinlich "in die Isolde" statt "in den Tristan" gehen. Die Bezeichnung "Tristan-Akkord" hat vielleicht eher etwas mit der zu "Tristan" abgekürzten Oper als mit ihrem Helden Tristan zu tun. Andererseits sagen wir brav und ausführlich: "Heute abend gehen wir in Hänsel und Gretel, oder in Romeo und Julia, nicht "in den Hänsel" oder "in den Romeo". Sehr seltsam. Ich kann es mir nicht erklären. Vielleicht will das Volk Energie sparen für das Durchsitzen der vierstündigen Oper, vielleicht hat es auch mit dem alten Macho Wagner zu tun ...

Zum Trost dafür, dass Tristan sich den Tristan-Akkord gegrapscht hat, wird "Isolde Liebestod" für Isolden reserviert, obwohl sich doch auch Tristan den Liebestod tapfer erröchtelt. Aber das Sterben der Frau ist ja sowieso der Höhepunkt (fast)

jeder romantischen Oper. Wird ein Mann bei derselben Tätigkeit erwischt, soll es jedenfalls nicht auch noch zum Mythos verklärt werden. Schluss jetzt mit Liebesnot und -tod! Kommen wir endlich zu Figaros Hochzeit, bzw. gehen wir in den Figaro! Vor drei Jahren war ich in Salzburg mit einem Vortrag zum Thema ["Die Frau ist nicht der Rede wert"](#). Ich eröffnete meine Rede mit der Feststellung, dass das Thema besonders gut zu Salzburg passe. Großes ungläubiges Staunen. Ungerührt fuhr ich fort: "Ist Ihnen an dem Titel *Die Hochzeit des Figaro* nicht schon mal was aufgefallen?" Langes Schweigen des Publikums, man zerbrach sich die Köpfe, nichts war ihnen jemals aufgefallen. Schließlich meldete sich eine, die die Oper anscheinend kannte, und erzählte, dass die Hochzeit ohne Susanna ja nix wäre und sie auch viel mehr zu tun hätte in der Oper. Eigentlich müsste die Oper also "Susannas Hochzeit" heißen, oder wenigstens "Die Hochzeit von Susanna und Figaro". Das Publikum war völlig platt, aber einverstanden.

Mir fällt in diesem Zusammenhang noch das Wort "Gespräch" ein. In der Frühzeit der Feministischen Linguistik ging es vor allem um [Gesprächsanalyse](#). Endlich konnten wir unser bis dahin mehr vages Gefühl, dass wir in Gesprächen mit Männern nie zu Wort kommen, "wissenschaftlich" (mit der Stoppuhr nämlich) belegen. Wir fanden heraus, dass wir in Gesprächen die Rolle der Zuhörerinnen haben, damit das Gespräch erst ermöglichen und mit unserem emsigen Kopfnicken, "hm" und "ja" den Redefluss des Herrn in Gang halten. Unterlassen wir diese "Minimalreaktionen", erstirbt das "Gespräch" umgehend, und er fragt irritiert: "Hörst du mir eigentlich zu?"

Obwohl also das Zuhören die Voraussetzung eines Gesprächs ist, kommt diese wichtige Funktion in dem Wort "Gespräch" nicht zur Sprache, sie bleibt unter dem Teppich, wie Isolde im *Tristanakkord* und wie Susanna in *Figaros Hochzeit*.

[Luise F. Pusch](#) am 16.09.2006

Nachrichten

Frauen laut Studie über Unternehmensnachfolge an der Spitze von Familienunternehmen unterrepräsentiert

Ursula von der Leyen: "Töchter sollten viel häufiger erste Wahl bei der Unternehmensnachfolge sein"

Töchter in der Geschäftsleitung sind in Deutschland genauso erfolgreich wie Söhne - und das auch in Branchen, die von Männern dominiert werden. Dennoch werden Frauen weniger berücksichtigt, wenn in Familienunternehmen die Nachfolge geregelt wird, selbst wenn sie die bessere Qualifikation aufweisen. Das ergab die Studie "Familiendynamik in Familienunternehmen: Warum sollten Töchter nicht erste Wahl sein?" des Instituts für Sozialforschung und Sozialpsychologie der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

"Es kommt darauf an, dass wir die Unternehmensnachfolge als ganz spezielle Form der Existenzgründung auch für Frauen attraktiv machen", sagte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zu den Ergebnissen der Studie. Inzwischen stammt jede dritte Existenzgründung von einer Frau, aber nur etwa jedes zehnte Unternehmen wird von einer Frau übernommen. "Töchter sollten daher sehr viel frühzeitiger und nachdrücklicher ihren Anspruch auf eine Nachfolge erheben. Nur so haben sie eine reelle Chance gegenüber ihren Brüdern oder Ehemännern, die offenbar immer noch bevorzugt werden. Ziel muss es sein, dass Unternehmen nach den Prinzipien der Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit übergeben werden. Töchter können Unternehmen genauso gut führen wie Söhne. Sie sollten viel häufiger erste Wahl sein", so die Ministerin weiter.

94,5 % der rund 3,2 Millionen Unternehmen in Deutschland sind Familienunternehmen mit rund 3,4 Millionen Beschäftigten. Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung zur Folge stehen in den nächsten fünf Jahren jährlich 70.000

Übergaben in Familienunternehmen bevor. Die Studie der Universität Frankfurt zeigt: Zahlreiche mittelständische Firmen sind noch immer geprägt von patriarchalischen Familien- und Unternehmenskulturen, die Söhne oder andere männliche Verwandte bevorzugen. Nicht wenige Töchter gelangen erst in die Geschäftsleitung, wenn Not am Mann ist. Die Frauen, die erfolgreich Leitungsfunktionen übernehmen, beeindrucken allerdings oft durch ihren Führungsstil.

Damit Frauen bei Unternehmensübergaben in Deutschland häufiger zum Zuge kommen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der bundesweiten gründerinnenagentur (bga) bereits im Mai eine "Task Force Unternehmensnachfolge durch Frauen" initiiert. Zu den Mitgliedern zählen neben den Bundesressorts Partner der nexxt-Initiative sowie Expertinnen und Experten der Nachfolge, die in Landesministerien, Kammern, der freien Wirtschaft oder in der Forschung arbeiten. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sollen in die Fortbildung von Unternehmensberaterinnen und -beratern eingebracht werden. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage www.gruenderinnenagentur.de

Kampagne des Europarats gegen Gewalt an Frauen

Der Europarat widmet das Jahr 2007 der Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Alle Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, in dieser Zeit verstärkte Aktivitäten zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt zu setzen und die Empfehlungen, die in den Recommendations 2002 des Ministerkomitees ausgearbeitet wurden, umzusetzen.

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser greift diese begrüßenswerte Initiative auf und beteiligt sich mit eigenen Aktivitäten an der Kampagne. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit zahlreichen KooperationspartnerInnen aus allen gesellschaftlichen Bereichen ein parteiübergreifendes Netzwerk zu bilden, um häusliche Gewalt zu verhindern und den Opfern zu helfen. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei der Frauenhelpline 0800/222 555 - der 24-Stunden-Telefonberatung, die im Verein

Autonome Österreichische Frauenhäuser angesiedelt ist. Start-up-Event: Am 4. Dezember, 16.00 veranstalten wir in der Säulenhalle des Parlaments eine Auftakt-Veranstaltung zur Kampagne. Die zweite Nationalratspräsidentin Dr.in Barbara Prammer ist Schirmherrin der Veranstaltung.

Villa Anders in Köln. Miteinander leben in lesbisch-schwuler Gemeinschaft.

Für die künftigen Bewohner und Bewohnerinnen der Villa anders heißt das, Interesse aneinander zu zeigen, offen sein für Gemeinsames, aber auch Grenzen respektieren.

Es heißt, individuell wohnen und doch nicht allein sein, sich aufeinander verlassen können und sich wohl fühlen im Haus und in der Nachbarschaft.

Wer zieht ein ?

Die Villa anders ist offen für Lesben, Schwule und Transgender, die Lust haben auf ein selbstbestimmtes, diskriminierungsfreies Wohnen. Willkommen sind Singles, Paare und Regenbogen-Familien, gut und weniger gut Verdienende, Jüngere und Ältere. Manche verbringen ihre Studienzeit hier, viele ihre Berufsjahre, andere ihren Lebensabend. Alle Generationen sind erwünscht.

www.villa-anders-koeln.de

Gründung: NPD-Frauenorganisation in SachsenAnhalt

Wie bereits vor einiger Zeit u.a aus der Mitteldeutschen Zeitung zu erfahren war, plant die NPD Sachsen-Anhalt die Gründung einer Fraueninitiative bzw. einer Frauenorganisation. Das Gründungstreffen fand am 16. September in Sotterhausen (Landkreis Sangerhausen) bei dem für diese Region "bedeutesten" Neonazi Enrico Marx statt.

Seine Lebensgefährtin Judith Rothe (NPD - Sachsen-Anhalt, zuletzt NPD-Kandidatin für den Wahlkreis Mansfelder Land) ist neben NPD-Mitglied Katharina Becker und der sächsischen Landtagsabgeordneten der NPD Gitta Schüssler Unterzeichnerin des Gründungsauftrufes für diese Frauenorganisation.

Es gibt keine Informationen, wieviele Personen sich an dem Treffen beteiligten. Polizei war vor Ort, aber scheinbar handelte es sich um eine genehmigte bzw. als von den Behörden privat eingestufte Veranstaltung.

Enrico Marx wird immer wieder als "Führungsfigur" der rechten Szene im Süden von Sachsen - Anhalt bezeichnet.

<http://www.de.indymedia.org/2006/09/157335.shtml>

Literatur

Feministische Mädchenarbeit: Vom Mythos der Selbstschöpfung und seinen Folgen

Claudia Wallner

Mädchenarbeit gehört heute zum selbstverständlichen Repertoire der Jugendhilfe. Wann sie entstand, wer die Frauen waren, die diesen feministischen Ansatz mädchengerechter Pädagogik entwickelten und wovon sie beeinflusst und inspiriert wurden, das weiß heute kaum noch Jemand.

Die vorliegende Publikation arbeitet erstmals wissenschaftlich fundiert die Entstehung feministischer Mädchenarbeit auf. Die Aufdeckung der Geschichtsschreibung feministischer Mädchenarbeit und ihrer tatsächlichen Wurzeln lässt einen Mythos der Selbstschöpfung erkennbar werden, der Mädchenarbeit in ihrer Entwicklung bis heute beeinflusst. Die Entmystifizierung, die dieses Buch leistet, öffnet Türen für neue Perspektiven der Mädchenarbeit in Zeiten von Gender Mainstreaming, weil eine tiefe Einbezogenheit von Mädchenarbeit in die frauen-, gesellschaftspolitischen und Jugendhilfeentwicklungen deutlich wird. Der Verlust dieses Wissens trug zur Separierung von Mädchenarbeit bei. Umgekehrt kann die Wiederentdeckung der gesellschaftlichen Bezüge feministischer Mädchenarbeit heute Anregungen dazu liefern, wie Mädchenarbeit sich perspektivisch gegenüber und innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe neu positionieren kann.

Das Buch liefert wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung und neue Weichenstellungen in der Mädchenarbeit.

ISBN 3-932577-70-1, Verlag Klemm & Oelschläger, Münster 2006

Leiden hängt von der Entscheidung ab

Michaela Huber (Hrsg.) & Pauline C. Frei

Dieses Buch (..) enthält Texte und Bilder zum Leben, Sterben und Heilwerden. In zehn Kapiteln geordnet, mit jeweils einem einführenden Text von Michaela Huber versehen, finden sich Gedichte von Pauline C. Frei. Diese Texte decken ein weites Spektrum ab, beginnend beim Entdecken des Schreibens als Ausdrucksmöglichkeit über die Bewältigung des Alltags unter dem Vorzeichen einer schweren, unheilbaren Krankheit bis hin zu Themen wie Loslassen, Tod, Liebe, Mut und Hoffnung. "Mit diesem Buch bekomme ich die große Chance zu sagen: Trauma ist kein ewiges Stigma, das aussichtslos und chancenlos an einem haftet, wie etwas, das sich nie mehr ändert oder nie ändern lässt. Sondern es ist möglich, sich zu lösen, zu wachsen und vor allem frei zu sein. Nichts noch so Schlimmes kann einem Menschen für immer und ewig die eigene Würde und Kraft nehmen, sich zu befreien und frei zu leben. Alle, die unter Gewalt und ihren Folgen bzw. unter einer schweren Krankheit oder Schicksalsschlägen zu leiden haben, sollten nie vergessen: Freiheit ist wundervoll!" - Pauline C. Frei.

"Schmerzen, so sagte es der Dalai Lama einmal, Schmerzen sind unvermeidlich. Leiden hängt von der Entscheidung ab. Pauline C. Frei hat sich entschieden: für das Hinschauen, das Integrieren. Hat es sich gelohnt? Lesen Sie selbst." - Michaela Huber

Prostitution, Migration, Frauenhandel –

Sehr geehrte Damen und Herren, Prostitution, Migration und Frauenhandel - vor wenigen Wochen erfuhr das Thema eine nie dagewesene mediale Aufmerksamkeit. Mit dem letzten Abpfiff bei der Fußballweltmeisterschaft ist es wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Doch der west-östliche Prostitutionsmarkt bleibt. Frauen aus Ostmittel- und Osteuropa bieten -- gemeinsam mit Frauen aus Südostasien, Südamerika und Afrika -- überall in

Westeuropa sowie entlang der innereuropäischen Wohlstandsgrenze Sexdienste an; die meisten ihrer männlichen Kunden kommen aus Westeuropa.

Das aktuelle Themenheft der Zeitschrift Osteuropa "Mythos Europa: Prostitution, Migration, Frauenhandel", auf das wir Sie aufmerksam machen möchten, schaut daher genauer hin. Internationale Expertinnen und Experten gehen in 22 Beiträgen auf 336 Seiten dem Zusammenspiel von Ökonomie, Recht, Geschlechterverhältnissen und Machtbeziehungen historisch, gesellschaftlich, sozial, kulturell und politisch auf den Grund. Das Heft verbindet wissenschaftliche Analyse mit praxisnaher Beobachtung. All jenen, die sich in der Frauenhilfe und der Betreuung von Migrantinnen engagieren, bietet das Heft daher Argumente für ihre Arbeit. <http://osteuropa.dgo-online.org/>

amnesty international: Heilberufe und Menschenrechtsverletzungen

Das neue "Dossier Heilberufe" stellt die Arbeit des Aktionsnetzes Heilberufe bei amnesty international und deren wissenschaftliche Grundlagen und fachliche Ansatzpunkte dar. Heilberufe sind sowohl als Täter/-innen, Opfer wie auch Expert/-innen und Behandelnde mit Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung in Kontakt. Das 22seitige Dossier behandelt in informativen Kurztexten u.a. die Wirksamkeit von Protestaktionen, Menschenrechtsverletzungen und Gegenwehr am Beispiel Türkei, Möglichkeiten der Behandlung und Beratung von Überlebenden der Folter und Flüchtlingen in Deutschland, Probleme der Unterbringung von traumatisierten Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften, die Rolle von Ärzt/-innen in Abschiebungsverfahren, die schwierige Rolle der Menschenrechtsbeauftragten in Ärztekammern, Aspekte der Psychologie politischer Verfolgung, das Menschenrechtsengagement des Berufsverbands Dt. Psycholog/-innen, den Ethik-Kodex für Pflegenden des International Council of Nursing (ICN) zur Wahrung der Menschenrechte, Hinrichtungen in den USA und den Missbrauch von Psychiatrie für politische Unterdrückung. Das Dossier stellt weiter die vielfältigen Möglichkeiten

für Angehörige der Heilberufe vor, sich hier zu engagieren - durch E-Mail-, Brief- und Faxaktionen, Tagungen, Netzwerke, Lokalgruppen, Fortbildungen u.a.m. www.ai-aktionsnetz-heilberufe.de

Termine

10. Deutsche Physikerinnentagung

2.-5. November 2006 in Berlin

Die 10. Deutsche Physikerinnentagung (DPT 2006) findet in der Zeit vom 2. - 5. November 2006 in Berlin statt. Die DPT 2006 wird organisiert von Physikerinnen aus dem Raum Berlin/Potsdam im Namen des Hedwig Kohn Vereins zur Förderung von Frauen und Mädchen in der Physik. Tagungsort wird die Technische Universität Berlin sein (TU Berlin).

Die Tagung wird unterstützt von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. Schirmherrin ist Frau Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin.

Im Rahmen der Konferenz werden aktuelle Themen erörtert. Dazu gehören Fachvorträge aus allen Bereichen der Physik sowie Gesellschaftsvorträge rund um das Thema Frauen in der Physik. Auf der Konferenz wird es ebenfalls ein Programm für interessierte Schülerinnen geben. Neben dem umfassenden Programm steht genügend Raum für Diskussionen und Gedankenaustausch zur Verfügung.

Grundsätzlich bietet die Physikerinnentagung allen TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Fachgebieten und Berufsbereichen, Regionen und Qualifikationen die Möglichkeit, Netzwerke zu bilden und Kontakte zu knüpfen.

Kinderbetreuungsmöglichkeit wird angeboten. Alle Räumlichkeiten, die während der Tagung und des Conference Dinners benutzt werden, sind behindertengerecht zugänglich.

Technische Universität Berlin, Physik-Neubau (P-N), Hardenbergstrasse 36, 10623 Berlin

Kontakt: info@physikerinnentagung.de

www.physikerinnentagung.de

Kongress "Wie wollen wir wirtschaften?"
**Solidarische Ökonomie im globalisier-
ten Kapitalismus.**

24.-26. November`06 in Berlin (Technische Universität)

Gemeinsam mit vielen internationalen ReferentInnen und Gästen ökonomische Alternativen diskutieren! 500 und mehr Menschen, 4 Podien, ca. 150 Foren & Workshops, Projektemesse, Cafés. Zusätzlich im Herbst 'Info-Tour Solidarische Ökonomie' mit zehn internationalen ReferentInnen aus Brasilien, Argentinien, Venezuela, Indien, Sambia/ Schottland, Frankreich und Polen durch ca. 25 Städte.

Mehr Infos und Anmeldung unter: www.solidarische-oekonomie.de

Kontakt: Kongressbüro Solidarische Ökonomie, c/o Bewegungsakademie, Artilleriestr. 6

27283 Verden, Tel.: 04231/ 957-595

info@solidarische-oekonomie.de

**„Nachrichten aus Demokratien –
feministische Auseinandersetzungen
und Positionen“**

26.-29.10.06 in Wien

Ort: Jugend am Werk

Landstraßer Hauptstraße 146/6

1030 Wien

Demokratie als politische Organisationsform und ethische Wertvorstellung war seit jeher eine doppelbödige Angelegenheit für Frauen. Freiheit und Gleichheit waren an Brüderlichkeit geknüpft – davon zeugt der langwierige

Kampf um das Frauenwahlrecht – und sind dies auf institutioneller Ebene weitestgehend geblieben. Entwürfe von Recht und Gerechtigkeit sind nationalstaatlich markiert. Demokratie als nunmehr einzig anerkannte Herrschaftsform entwickelt sich darüber hinaus durch eine Tabuisierung ökonomischer Reglements, durch Repräsentationsversprechen und Medialisierung zu einem Scheingebilde; einer Redeweise, die das politische Subjekt durch Akklamation gleichsam ausschließt. Kapitale Wirtschaft und die Beschwörung eines bedrohlichen Anderen werden als Legitimationen herangezogen,

um Würde, Recht und Autonomie zu untergraben. Kaufkraft, Religion und Geschlecht sind Indikatoren eines latenten, fehlende StaatsbürgerInnenrechte eines manifesten Ausschlusses. Was bedeutet dies für ein geschlechterkritisches Denken und Handeln, das sich nicht in scheinbar partizipativen Arrangements erschöpft, aber gesellschaftliche Unordnung – eine andere Gesellschaftsordnung – erreichen will?

'Nachrichten aus Demokratien' versammelt Beiträge aus verschiedensten feministischen Perspektiven zu akuten Fragen nach Öffentlichkeiten, dem Politischen, nach Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Mitbestimmung. In unterschiedlichen Formen der Auseinandersetzung – die Beiträge sind teilweise in Kooperation mit feministischen und migrantischen Projekten zustande gekommen, weitere Beiträge können auch vor Ort im Rahmen von 'offenen Workshops' platziert werden – soll wild und gründlich gemeinsam nachgedacht, gesprochen und verhandelt werden. Geplant ist eine öffentliche Erklärung zur feministischen Demokratiekritik am Ende der Tagung. Und es soll auch gefeiert werden: die Frauenhetz feiert mit dieser Tagung ihr nunmehr 15jähriges Bestehen.

Info und Kontakt: info@frauenhetz.at

www.frauenhetz.at

**Die halbierte Emanzipation?
Fundamentalismus und Geschlecht**

Zeit: 3.11.06 13 bis 22 Uhr

4.11.06 10 bis 18 Uhr in Marburg

Ort: Philipps-Universität Marburg, Alte Universität, Lahntor 3

Veranstaltet vom Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Universität Marburg in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung.

Die wachsende Bedeutung fundamentalistischer Überzeugungen in vielen Religionen und Regionen der Welt ist Teil der religiösen Renaissance in den letzten Jahrzehnten. Dabei sind die Retraditionalisierung der Geschlechterrollen wie der Sexualmoral und die Wertschätzung der patriarchalen Familie als Grundbaustein der Gesellschaft ein durchgehendes Kennzei-

chen aller religiös-fundamentalistischen Strömungen. Zugleich finden sich paradoxe Phänomene in diesem Zusammenhang:

Neben ihrer göttlich legitimierten Festlegung auf die primäre Aufgabe als Ehefrau und Mutter nehmen Frauen ebenso wie Männer aktive und öffentliche Rollen in den fundamentalistischen Bewegungen ein.

Innerhalb der fundamentalistischen Gruppen sind es nicht nur Männer, sondern auch Frauen, die patriarchale Moral und Genderkonstruktion offensiv vertreten.

Obwohl ihre wesentliche Rolle auf häusliche Aufgaben beschränkt wird und sie genötigt sind, ihre Körperlichkeit zu verhüllen, begreifen zahlreiche Frauen fundamentalistische Überzeugungen als ihren Weg der Emanzipation und nehmen die sich in modernisierenden Gesellschaften bietenden Bildungschancen wahr.

Trotz des patriarchalen Geschlechterverhältnisses entwickeln sich teils auch spezifische Modelle einer Partnerschaft zwischen Frauen und Männern.

Patriarchale Ordnungsprinzipien in fundamentalistischen Bewegungen reduzieren Frauen und Männer auf ihre herkömmlichen traditionellen Geschlechterrollen. Im gleichen Zuge werden Frauen jedoch als Mütter und Ehefrauen und Männer in ihrer neu etablierten Rolle als Familienoberhaupt idealisiert. Damit verbunden ist auch eine Domestizierung männlicher Gewalt- und Dominanzimpulse, die fortan einer strengen moralischen Kontrolle und Sanktion unterworfen werden.

Diese Paradoxien verweisen darauf, dass Fundamentalismen nicht einfach Rückgriffe auf traditionelle Lebensweisen darstellen, sondern spezifische und in sich durchaus spannungsreiche Reaktionsweisen auf die Erfahrungen eines dramatischen gesellschaftlichen Wandels sind. Aus einer westlich-liberal oder feministisch geprägten Perspektive erscheint die fundamentalistische Moral befremdlich, mit der sich Männer und auch Frauen unterschiedlicher religiöser Herkunft identifizieren. Die Notwendigkeit aber, sich damit auseinander zu setzen und das, was uns befremdlich scheint, auch zu verste-

hen, um schließlich nebeneinander und miteinander leben zu lernen, ist unausweichlich.

Aus unterschiedlichen Perspektiven reflektieren die Vorträge der Tagung den Zusammenhang von Geschlecht, Religion und Politik in verschiedenen kulturellen Kontexten. Angesichts der politischen Brisanz des Themas bietet die Tagung Möglichkeiten zur Information, zum wissenschaftlich-theoretischen Verständnis der Phänomene, zur Auseinandersetzung und zum Dialog.

Kontakt: Tel: 06421-2824823

Genderzukunft@staff.uni-marburg.de

Web.uni-marburg.de/genderzukunft

Stalking - Auswirkungen auf die Betroffenen und die Beratung von Stalkingopfern.

Fortbildung mit Isabel Wondrak,
TU Darmstadt

23. 11. 06 von 9.30-17.30 Uhr

Ort: Kofra München (s. Impressum)

Stalking ist ein Massenphänomen; einer neuen Erhebung zufolge sind zwölf Prozent der deutschen Bevölkerung einmal in ihrem Leben davon betroffen. Die psychischen Auswirkungen einer Viktimisierung sind oftmals beträchtlich und weisen zudem spezifische Eigenheiten auf, die in der beratenden Arbeit berücksichtigt werden müssen.

In der Fortbildung werden die Besonderheiten in der beratenden Arbeit mit Betroffenen von Stalking vorgestellt und diskutiert unter spezieller Beachtung der psychischen und sozialen Auswirkungen mit Fallbeispielen, Rollenspiel und Gruppenarbeit.

Anmeldung: Kofra-muenchen@t-online.de

T. : 089-2010450, fax: 089.2022747

www.kofra.de

Frauenfilmfestival zum Thema MUSIK

Bei dem neugegründeten Internationalen Frauenfilmfestival Dortmund / Köln haben die Vorbereitungen für die zweite Festivalausgabe vom 17. – 22. April 2007 in Dortmund begonnen. Das Festival wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema

Musik beschäftigen. Filmeinreichungen sind für das Thema und die Wettbewerbe ab sofort online unter

www.frauenfilmfestival.eu möglich.

„Am Set sind 36 Leute für das Bild verantwortlich und zwei für den Ton“, stellt ein Tonmeister während Dreharbeiten lakonisch fest. Der Musik und dem Ton wird in der Film-Produktion und -Rezeption nicht annähernd der gleiche Stellenwert beigemessen wie dem Bild. Dabei bestreitet niemand, dass dem Sound im Kino eine essenzielle Funktion zukommt. Auf den ersten Blick scheint der Ton realer zu sein als das zweidimensionale Kino-Bild. Doch reichen die Geräusche unserer Alltagswelt nicht aus, um filmischen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Folglich werden sie künstlich und künstlerisch bearbeitet.

Wie beschäftigen sich Filmemacherinnen inhaltlich und formal mit Musik, Ton und Rhythmus? Musik als politisches Statement, ein Lied als Erinnerung, Musikerinnenporträts, rhythmische Video-Experimente. Das Spektrum reicht vom Volkslied bis zum Jazz, vom Stummfilm bis zur musikalischen Video-Performance. Ein besonderes Augenmerk legt das Festival auf Filmmusik und internationalen Filmkomponistinnen. Einige werden in Dortmund zu Gast sein und ihre Musik und Arbeitsweisen vorstellen. Der Zusammenarbeit zwischen Filmkomposition und Regie fällt dabei eine besondere Rolle zu. Das Festivalprogramm ragt dabei weit über die Leinwand hinaus: Die umfassende Filmschau wird durch zahlreiche Filmkonzerte, Workshops und Performances ergänzt. Einreichfrist Fokus MUSIK: 30. November 2006

Internationaler Spielfilmwettbewerb für Regisseurinnen: 25.000 Euro

Mit 25.000 Euro ist der internationale Regisseurinnenpreis dotiert – gestiftet von der RWE Westfalen-Weser-Ems AG -, der 2007 zum zweiten Mal in Dortmund von einer dreiköpfigen internationalen Jury verliehen wird. Der Preis zeichnet Regisseurinnen aus, die bereits auf eine längere filmische Karriere zurückblicken. Erste Preisträgerin 2005 war die israelische Regisseurin Keren Yedaha für ihr Drama „OR“ („My Treasure“).

Einreichfrist Spielfilmwettbewerb: 15. Januar 2007

Nationaler Wettbewerb für Bildgestalterinnen: 5.000 Euro

Zum vierten Mal wird in Dortmund der einzige deutsche Nachwuchs-Förderpreis in der Sparte Bildgestaltung verliehen. Der „Dortmunder Kamerapreis der e-m-s new media AG“ ist mit 5.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben. Preisträgerin 2005 war Bernadette Paassen für ihre Arbeit bei dem Film „In den Schubladen.“ Einreichfrist Kamerawettbewerb: 23. Februar 2007

Das IFFF Dortmund | Köln ist Deutschlands Internationales Frauenfilmfestival. Es findet jährlich alternierend in Dortmund und Köln statt und ist aus den Filmfestivals von femme totale (Dortmund) und Feminale (Köln) hervorgegangen. Mit rund 100 Filmen präsentiert das Festival neben Internationalen Wettbewerben ein umfassendes Programm aktueller und historischer Filme von Frauen. Die erste Festivalausgabe findet vom 11. -15. Oktober in Köln statt.

Stefanie Görtz, Pressearbeit & Internationaler Wettbewerb Dortmund, Media relations & International Competition Dortmund, c/o Küpferstr. 3 / D-44122 Dortmund. fon: ++49/231/50-25480 / fax: ++49/231/50-25734

goertz@frauenfilmfestival.eu
www.frauenfilmfestival.eu

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

51/91 Rassismus von Frauen. **52/91** Autonomie. **53/91** Prostitution als Beruf **54/91** Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. **55/91** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. **56/92** Glück in Frauenprojekten? **57/92** Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. **58/92** Gewalt hat ein Geschlecht. **59/92** Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, **60/92** Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, **61/92** Entpolitisierung durch Identitätspolitik? **62/93** Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? **63/93** Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, **64/93** Gynäkologie unter feministischen Aspekten, **65/93** Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, **66/93** Frauenstreik, **67/94** Zur Kopftuchdiskussion, **68/94** Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, **69/94** Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, **70/94** Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, **71/95** Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? **72/95** Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körperbehinderungen. **73/95** Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, **74/95** Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, **75/95** Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. **76/95** Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, **77/96** "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. **78/96**, 13 Jahre autonome Projektarbeit. **79/96** Eigenständige berufliche Existenz. **80/96** Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. **81/96** Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. **82/97** Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. **83/84/97**

Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, **85/86/98** Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, **87/98** Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. **88/99** Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, **89/99** Gewalt gegen Frauen im Krieg, **90/99** Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, **91/00** Zur Therapie von Sexualstraftätern, **92/00** Frauen und Militär, **93/00** Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, **94/01** Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, **95/01** Feministisches Handeln gegen Gewalt, **96/02** Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, **97/02** Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, **98/02** Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, **99/02** Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? **100/02** Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, **101/03** Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, **102/03** Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? **103/03** Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, **104/03** Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, **105/03** Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, **106/03** Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, **107/04** Transgender und Feminismus, **108/04** Zur Kopftuchdiskussion, **109/04** Krieg und Geschlechterverhältnisse, **110/04** Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, **111/04** Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, **112/05** Menschenrechte – Frauenrechte, **113/05** Die Rückkehr des Dienstmädchens, **114/05** Quotierung ist verfassungsgemäß, **115/05** Altersbilder von Lesben, **116/05** Alternativen zur Globalisierung, **117/06** Femicidio: Frauenmorde in Mexiko: Hintergründe und Erklärungen, **118/06** Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, **119/06** Gewalttätige Mädchen – Mythos und Realität

Kofra